



Protokoll

der 22. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 26. Juni 2024, um 15:00 Uhr

Vorsitz: *Claudio Miozzari, Grossratspräsident*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung

Abwesende: *Lisa Mathys (SP); Raoul I. Furlano (LDP); Stefan Wittlin (SP); Anina Ineichen (GAB); Lea Wirz (GAB); Salome Bessenich (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

4. Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2023 des Regierungsrats 2
61. Resolution David Jenny und Konsorten betreffend keine Duldung von Besetzungen von Räumlichkeiten, die von der Universität Basel genutzt werden 15
5. Fristverlängerung kantonale Volksinitiative "für den Ausbau der separativen Angebote an der integrativen Schule Basel-Stadt (Förderklassen-Initiative)", Bericht der BKK 25
7. Areal Lindenhof (Lonza): Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Gebiet Areal Lindenhof (Lonza) Nauenstrasse, Lindenhofstrasse, Münchensteinerstrasse; Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 137, Bericht der BRK 26



Beginn der 22. Sitzung

Mittwoch, 26. Juni 2024, 15:00 Uhr

4. Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2023 des Regierungsrats

[26.06.24 15:00:12, 24.5201.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir fahren fort mit der Eintretensdebatte zum Bericht der Geschäftsprüfungskommission.

Wir sind bei den Fraktionssprecherinnen und -sprechern stehengeblieben und als nächster spricht für die SVP Beat K Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Der vorliegende Rechenschaftsbericht ist wie jedes Jahr wieder umfangreich ausgefallen und es wäre natürlich verlockend, wenn wir jetzt nur die Schwachpunkte herauspicken würden und das, was richtig und gut getan worden ist, unter den Teppich kehren. Wir anerkennen, dass vieles in diesem Kanton gut gemacht worden ist und gut gemacht wird, wenigstens so weit wir darüber Bescheid wissen. Die Aufgaben einer GPK sind, ein kritisches Auge auf das staatliche Handeln zu werfen, denn es sind wie immer die Dinge, die nicht richtig laufen, die noch verbessert werden können, welche zu Recht im Auge der Öffentlichkeit stehen. Und die GPK hat sich so organisiert, dass jeweils ein oder zwei Mitglieder der Kommission für ein Departement zuständig sind. Im Falle des Bau- und Verkehrsdepartements sind es André Auderset und ich, und ich werde mich deshalb in meinem Votum vornehmlich auf die Aspekte des BVD beschränken und ein, zwei andere Punkte auch noch streifen.

Einer dieser anderen Punkte, der uns in der SVP ganz sauer aufgestossen ist, ist die Kausa Sulzer, auch bekannt als die Zigeuneraffäre. Der Konflikt zwischen der Abteilung Kultur des Präsidialdepartements und dem renommierten Basler Autor Alain Claude Sulzer zeigt deutlich, wie weit die staatliche Bevormundung der Bürger in Sachen reden, schreiben und damit denken schon gewuchert ist. Sehen wir von den fraglichen Abläufen in der Abteilung Kultur in dieser Angelegenheit ab, finden wir es sehr bedenklich, dass staatlicherseits Einfluss genommen respektive Druck ausgeübt wird, damit eine Zeitgeist konforme Sprache durchgedrückt wird. Wer nicht weiss, was dahintersteckt und beabsichtigt ist, dem empfehle ich die Website geschlechtergerechte Sprache der Fachstelle für Gleichstellung und Diversität unseres Kantons. Die Titelseite sagt es nämlich, Sprache beeinflusst unser Denken, mit anderen Worten eine mit Steuergeldern finanzierte Stelle will wie selbstverständlich das Denken unserer Bevölkerung beeinflussen. George Orwell dreht sich im Grab.

Nun zum Bau- und Verkehrsdepartement: Als ein Novum hat die GPK nach detaillierten Angaben über den Stellenzuwachs innerhalb des BVD nachgefragt und wir betonen hier ausdrücklich und wir wünschen, hoffen, dass es in der Debatte auch so reflektiert wird. Das haben wir nicht gemacht, um jetzt gerade das BVD speziell negativ oder positiv herauszuheben. Diese Frage ist entstanden dadurch, dass ich selbst immer wieder angefragt werde, wieso denn der Staat so wächst, und der GPK-Bericht ist ein guter Ort, um dieser Frage nachzugehen.

Konkret verlangten wir für die im Berichtsjahr hinzugekommenen Stellen, dass Vollzeitäquivalent den zugrundeliegenden Grossratsbeschluss und bei weggefallenen Stellen, wie Sie disponiert werden. Wir stellen fest, dass das BVD allein über 24 Vollzeitäquivalente gewachsen ist. Weggefallen sind keine Stellen, und dieses Wachstum ist nicht dem BVD anzulasten, sondern alleine dem Grossen Rat. Mit Ihnen, ich rede jetzt eine leider häufige Mehrheit von Ihnen an, mit Ihren Beschlüssen, gesetzten Vorgaben, Aufgaben lassen Sie den Staat sich weiter ausbreiten und wer sich gegen einen stetig grösser werdenden Staat ausspricht, wer den Menschen, seine Selbstständigkeit und seine Eigenverantwortung in den Vordergrund stellt, der muss sich gegen dieses Wuchern den staatlichen Stellen wehren, so wie es die SVP macht. Wir haben die gleichen Fragen gestellt wie für die befristeten Stellen. Zusätzlich haben wir noch gefragt, was denn die Ablaufdaten dieser befristeten Stellen seien. Und hier wird es zappenduster. Es sind 0,8 befristete Stellen, ob solche weggefallen sind, wurde uns nicht gesagt, und besonders bedenklich, das BVD hat uns auch auf gezielte Nachfrage hin nicht Auskunft gegeben über das Ablaufdatum dieser befristeten Stellen. «ir haben nachgefragt, es wurde uns gesagt, die Angaben würden nachgeliefert. Wie sind nicht nachgeliefert worden. Das BVD konnte noch einmal vor der Veröffentlichung den Bericht kontrollieren und wir haben keine Auskunft bekommen.

Es sind zwei Gründe möglich, wieso diese Auskunft nicht gegeben worden ist. Entweder wollte das BVD nicht oder es konnte nicht. Im ersten Fall wäre das eine Desavouierung einer Aufsichtskommission, im zweiten Fall würde es heissen, dass das



BVD seine HR-Prozesse nicht im Griff hat. Beides ist sehr bedenklich. Zusammengefasst stellt sich die Frage: Ist das BVD zumindest in diesem Thema nicht willig oder nicht fähig? Wir sind gespannt auf die Antwort.

Die nächste Baustelle, gefühlt die längste, ist das Bau- und Gastgewerbeinspektorat BGI. Nach wie vor besteht Unklarheit bezüglich der verschiedenen Ebenen von Vorschriften, bezüglich der wirklichen Anzahl von Weisungen, Handhabungen, was auch immer. Wir haben ganz einfach die Frage gestellt, wie viele solche Weisungen, Anweisungen, Handreichungen usw. waren es am 1. Januar, wie viele waren es am 31. Dezember. Wir haben keine klare Auskunft bekommen. Wir fordern, dass allfällig bestehende Ausführungsbestimmungen und ähnliches ganz klar dem Bauwilligen leicht zugänglich gemacht werden. Sie haben vielleicht kürzlich das Interview mit Regierungsrätin Esther Keller und der Abteilungsleiterin in der BaZ gelesen. Sie sagte, da gehen ganze Dossiers verloren und hat das im Interview mit dem Motto «Mist happens» auf die Seite geschoben. Das zeigt aber schon, wie tief der Wurm in dieser Dienststelle sitzt und wer noch daran gezweifelt, dem ist die Lektüre der Umfrage des SIA zu empfehlen. Das zeigt Abgründe an. Das ist verheerend. Das BGI zu verbessern, ist jetzt nicht einfach eine Frage der Organisation, der Ausbildung, der Ressourcen, das ist zuallererst einmal eine Führungsaufgabe. Bitte, Frau Regierungsrätin Keller, führen Sie!

Positiv vermerken und begrüßen wir, dass bei den Genehmigungen von öffentlich-rechtlichen Bagatellumbauten Vereinfachungen gemacht worden sind. Es geht also, man muss nur wollen. Die GPK empfiehlt, dass diese eingeleitete Vereinfachung von Verfahren noch weiter ausgebaut wird. Wir sind aber auch nicht unglücklich, wenn diese Empfehlung als Auftrag verstanden wird.

Wir haben uns über die ausstehenden Schlussabrechnungen grösserer Bauprojekte erkundigt, und zwar haben wir definitive Abschlusstermine verlangt und das BVD hat uns als definitive Termine für die Bauabschlussabrechnungen genannt. Für das Kunstmuseum im dritten Quartal 2024, für den Neubau des AUE im Herbst 2024, für die Kaserne ebenfalls im Herbst 2024 und für die Einsatzzentrale Lützelhof Ende 2024. Wir werden das BVD an seinen Worten messen.

Schliesslich noch zum Veloverleihsystem Velo-Sport: Sie kennen das, das sind diese roten Velos, welche unser Stadt einen ganz besonders statischen Basler Finish geben. Dieses System verzeichnete im letzten Jahr knapp 36'800 Fahrten. Durch diverse Verbesserungen rechnet der Regierungsrat jetzt mit 300'000 Fahrten in diesem Jahr. Wir begrüßen es, wenn sich jemand ambitionierte Ziele setzt, und ob diese 300'000 Fahrten in diesem Jahr eine Ambition oder ein Wunschraum sind, das werden wir in einem Jahr wissen.

Ich möchte aber mein Votum mit einer positiven Note beenden und ich habe das, was ich jetzt sage, nicht vertieft mit meiner Fraktion abgesprochen. Das BVD ist ein grosses Departement, es ist ein kompliziertes Departement. Es ist sehr stark im Fokus der Öffentlichkeit. Es wird viel gute Arbeit gemacht, und ich möchte an dieser Stelle all denen unterhalb der obersten Ebene, vor allem denen in den mittleren, unteren und untersten Hierarchiestufen, an dieser Stelle einmal ein Dankeschön ausdrücken. Wir hoffen, dass der Bericht für dieses Jahr dann in einem Jahr kürzer ausfallen kann. Namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie, dem Grossratsbeschluss zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Wir behandeln heute den Rechenschaftsbericht der GPK und den Bericht der GPK zum Jahresbericht der Regierung. Die GPK kontrolliert die Tätigkeit der Regierung und der Verwaltung. Unterjährig nimmt sich die GPK aufgrund von Hinweisen zum Beispiel aus der Presse oder auch andere Hinweise verschiedenen Themen an. Sie untersucht dann diese Themen meistens mittels eines Hearings, an dem Regierung und Verwaltung zum Thema befragt werden. Darüber gibt dann die GPK in ihrem Rechenschaftsbericht Auskunft. Die GPK befasst sich also mit Problemen, mit Ungereimtheiten und Fehlern, die der Regierung bei alltäglichen Arbeit und auch der Verwaltung passieren.

Ich persönlich bin nun seit eineinhalb Jahren in der GPK und mir persönlich ist es ein Anliegen, dass wir als GPK zu einer konstruktiven Fehlerkultur beitragen. Ich bin der Überzeugung, dass das der Sache mehr dient. Der Beitrag der Regierung zu einer solchen konstruktiven Fehlerkultur wäre, das hat unser Präsident ausgeführt, ein Jahresbericht, der weniger wie eine Hochglanzbroschüre daherkommt, und unser Beitrag als GPK und Parlamentarier wäre, dass wir nicht für jeden Fehler gleich eine schuldige Person in der Verwaltung und Regierung suchen, die wir zur Rechenschaft ziehen wollen. Das heisst nicht, dass wir keine Transparenz wollen, dass Fehler nicht aufgeklärt werden sollen und auch, dass Verantwortungen nicht benannt werden sollen. Es ist aber eine Frage, wie man mit den Fehlern umgeht., eine Frage der Kultur.

Lieber Pascal Messerli, da muss ich auf Ihre Bemerkung von heute Morgen zurückkommen. Sie entlarven Sie selber. Zum ersten Ihr Vergleich. Sie haben die Spezialberichte zur BVB und zum Historischen Museum angesprochen. Ich möchte Sie daran erinnern, dass diese auch von SP-Mitgliedern in der GPK ausgearbeitet wurden. und auch die Präsidien damals von der SP gestellt wurden, wie heute. Zweitens stellen Sie sich vor, es wäre ein linker Regierungsrat für das JSD zuständig. Was wäre da auf bürgerlicher Seite und im Blätterwald los? Wer das nicht glaubt, soll die entsprechenden Medienmitteilung der SVP, aber auch anderen bürgerlichen Parteien zu Gemüte führen zu den besagten Berichten. Die SP hat sich nach dem Bericht Schefer sehr differenziert geäußert in der Medienmitteilung. Sie hat keinen Rücktritt gefordert. Sie hat gesagt,



personelle Massnahmen allein würden nicht reichen, es brauche jetzt einen Kulturwandel und man müsse strukturelle Massnahmen angehen. Was wir verlangen, ist eine saubere Aufarbeitung, wie wir das in den anderen Bereichen auch gemacht haben. Selbstverständlich ist es unsere Aufgabe, hier die grösstmögliche Transparenz zu schaffen und ich gehe eigentlich davon aus, dass das im Interesse des gesamten Parlamentes sein muss.

Zurück zum GPK-Bericht. Dort haben wir einige wichtige Dinge angesehen, die ich hier beleuchten möchte, also nicht in grossem Umfang, Sie konnten den Bericht lesen, es gab eine Pressekonferenz dazu, es gibt eine Medienmitteilung. Die Kolleginnen und Kollegen gehen auf die Themen ein, die sie besonders betreffen, wo sie besonders mitgearbeitet haben. Ich möchte zwei allgemeine Dinge hervorheben und dann noch mal, weil ich in der GPK für das Ressort JSD zuständig bin, noch zwei Ergänzungen machen zum Thema JSD.

Zuerst zur Cybersicherheit und IT-Organisation: Ich glaube, das ist ein wichtiger Teil des GPK-Berichtes, ein entscheidender Teil, wo wir uns auch viel damit auseinandergesetzt haben, einerseits aufgrund von Ereignissen der Angriffe, insbesondere beim ED, aber natürlich auch andere Dinge. Und wir haben uns auch auseinandergesetzt mit der IT-Organisation und die GPK ist nicht unbedingt befriedigt mit der Situation der Digitalisierung im Kanton und hat deshalb Ihnen eine Motion unterbreitet, in der Sie Ihnen eine stärkere Hierarchisierung im Bereich der Digitalisierung vorschlägt. Ob das die richtige Lösung ist, werden wir diskutieren hier im Rat. Es ist ein wichtiges Thema, die GPK dem auch das entsprechende Gewicht gegeben.

Als zweites Thema möchte ich die psychologischen Belastungen bei Kindern und Jugendlichen hervorheben, die wir auch in der Medienmitteilung herausgestrichen haben. Das ist ein grosses Problem und wir sind uns nicht ganz sicher, ob diesem Problem die nötige Aufmerksamkeit geschenkt wird. Es gibt hier verschiedene hängige Vorstösse. Es ist aber auch ein Querschnittsthema und ich fände es schön, wenn das bei der nächsten Legislaturplanung einfließen würde, dass ein wichtiges Querschnittsthema nicht nur die psychologische Gesundheit oder Psychogesundheit von Kindern und Jugendlichen, sondern natürlich der ganzen Gesellschaft. Angesichts der Weltlage und auch als Spätfolgen der Coronapandemie sind diese Themen wirklich dringend. Mehr können Sie dazu im Bericht lesen und ich hoffe, dass uns dieses Thema weiterhin beschäftigen wird.

Dann zum dritten Thema, noch einmal zum JSD: Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, was wir getan haben in der GPK. Wo wir selber aus unserer Intention ein Hearing einberufen haben, ging es um das Thema Demos. Es ging um die Demostrategie und uns hat dort vor allem auch interessiert, wie man den Dialog fördern kann bei Demonstrationen, weil wir der Meinung sind, dass es wichtig ist, dass die Nebenbelastungen, die durch Demonstrationen durchaus entstehen können, durch Dialog entschärft werden können. Eines der grossen Probleme, welches das Korps belastet, ist der Wochenendesdienst. Wenn wir hier von vorneherein bewirken können, dass Demonstrationen geordnet verlaufen können, friedlich verlaufen können, dann entlastet das auch das Korps. Und dazu gehört auch, wie man über Demonstrationen spricht. Die GPK hat eine Empfehlung zur Darstellung der Statistik abgegeben. Wir einen Schwerpunkt darauf gelegt.

Ich möchte einfach noch einmal an Pascal Messel einen Satz richten. Sie haben heute Morgen gesagt, im Bericht Schefer würden sich die Polizisten darüber beklagen, dass die Linke sich immer bei Demos beschwere. Sie haben einfach die zweite Hälfte weggelassen. Dort steht nämlich genau so, dass es für die Polizistinnen und Polizisten belastend ist, wenn die andere Seite sich darüber beschwert, dass nicht richtig durchgegriffen werde. Und hier finde ich es extrem wichtig, dass wir zu einem konstruktiven Umgang mit Demos zurückfinden und ich sehe hier Anzeichen, ich habe das in der letzten Debatte zu den Polizeilöhnen auch schon gesagt, und ich glaube, das ist ein Weg, der im Interesse von allen ist. Wie können wir dafür sorgen, dass der Dialog in diesem Kontext verbessert wird?

Und dann zum Thema Unterbestand: Wir haben in der Medienmitteilung getitelt «Kantonspolizei am Anschlag». Wir haben uns dort dazu geäussert, dass die Lohnfrage politisch an einer anderen Stelle behandelt wird und haben den Fokus mehr auf andere Aspekte gelegt, nämlich auf das Thema der psychologischen Unterstützung, der Kinderbetreuung und der Wochenenddienste. Das Thema der Wochenenddienste haben wir zum wiederholten Male in der GPK thematisiert. Wir haben dazu auch ein Hearing durchgeführt, beim die Departementsvorstehende und der Polizeikommandant anwesend waren. Wir haben auch entsprechende Dokumente bekommen, aber der Bericht Schefer stand natürlich noch nicht zur Verfügung und dort gibt es sehr viele zusätzliche Hinweise, wie man die Situation angehen könnte. Ich denke, es ist wichtig, dass wir das hier auch vom Parlament aus begleiten und gut aufarbeiten. Das ist im Interesse der Polizistinnen und Polizisten, das ist im Interesse des Kantons und seiner Sicherheit.

In dem Sinn bitte ich Sie auch im Namen der SP um Zustimmung zum GPK-Bericht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Pascal Messerli an? Sie wird angenommen.

Pascal Messerli (SVP): Macht es für Sie bei der Beurteilung eines Sachverhaltes denn keinen Unterschied, ob die GPK zufällig einen Missstand aufdeckt oder ob die Departementsvorsteherin selbst sagt, Sie gebe eine Untersuchung in Auftrag, um derartige Missstände aufzudecken?



Pascal Pfister (SP): Das macht schon einen Unterschied, aber es ist vor allem wichtig, dass man die gestellten Fragen dann auch bearbeitet und dafür braucht es die entsprechenden Gefässe.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Sprecherin für die Mitte-EVP Andrea Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Im Namen der Fraktion Mitte-EVP bitte ich Sie um Genehmigung des Ihnen vorliegenden Berichtes der GPK. Die GPK hat erneut verschiedene Problemfelder definiert, aber auch manche positiven Entwicklungen feststellen können. Die Mitte-EVP-Fraktion erachtet den Bericht als ausgewogen und möchte vertieft auf die folgenden Problempunkte eingehen.

An erster Stelle zu erwähnen ist hier die Situation bei Stawa, Blaulichtorganisationen und insbesondere der Polizei. Die GPK äussert sich dazu in ihrem Bericht pointiert. Der dort erwähnte, vom Kommandanten in Auftrag gegebene Bericht ist in der Zwischenzeit bekanntlich erschienen. Nicht alle dort gemachten Ausführungen können kritiklos übernommen werden. Der Bericht stellt aber ein Instrumentarium dar, welches ist dem Kommandanten ermöglicht, gewisse Problemfelder, etwa die mangelnde Transparenz und die Kommunikation, gezielt anzugehen und eine Trendwende herbeizuführen. Wie auf Seite 50 der Bericht der GPK moniert, ist die Handhabung der personalrechtlichen Fragen der Polizei, etwa die Umsetzung von Lohnerhöhungen und die rechtzeitige Ausarbeitung von Arbeitsverträgen, äusserst mangelhaft. Hier ist eine zeitnahe und professionelle Verbesserung der Performance durch HR BS dringend erforderlich. Erfolgen Lohnerhöhungen nicht zeitnah und werden personalrelevante Handlungen nicht rasch vorgenommen, wird dies von Arbeitnehmern, in concreto von den Polizisten und Polizistinnen als Respektlosigkeit empfunden.

Ein besonders komplexes Problemfeld bietet sich sodann derzeit im Bereich Bauen im Kanton. Die Kosten gehen durch die Decke, Schlussabrechnungen von längst abgenommenen Gebäuden wie dem Biozentrum liegen noch immer nicht vor. In Bezug auf die St. Jakobshalle hat die GPK einen gesonderten Bericht verfasst und publiziert. Auch dort ist die Situation alles andere als befriedigend. Weitere problematische Projekte wie etwa das Naturhistorische Museum im Sankt Johann reihen sich nahtlos in diese Serie ein. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, und der ist primär in der Hinterfragung des Drei-Rollenmodells zu sehen.

Aber auch das private Bauen ist problembehaftet. Die GPK stellt hierzu beim BGI einige Widersprüche etwa in Bezug auf die Existenz oder Nichtexistenz interner Weisungen fest, was irritiert. Für die GPK und vor allem für Bauinteressierte ist vollständige Transparenz unabdingbar. Es muss klar sein, was gilt, wo Ermessensspielraum besteht, ob der auch genutzt wird. Es muss klar sein, wann jeweils mit einem Entscheid gerechnet und mit einem Bauprojekt begonnen werden kann. Verzögerungen sind für Bauwillige teuer, sie müssen planen können und dazu braucht es eine klare und kompetente Begleitung durch das BGI. Die GPK verlangt hier zu Recht eine markante Verbesserung des Services, insbesondere für private Bauherren und Baudamen.

Im Jahresbericht der Regierung fiel der GPK sodann die steigende Anzahl von psychischen Problemen bei Kindern und Jugendlichen, und hier insbesondere Mädchen, auf. Dass dies einhergeht mit einem Mangel an Psychologinnen und Psychiatern seitens der Schulen ist besorgniserregend. Entsprechend fordert die GPK hierzu gezielte Massnahmen. Diese sollten insbesondere schon bei der Prävention beginnen, was auch die Belastung der psychologischen Beratungsstellen vermindern könnte. Es soll hier insbesondere um den Einfluss von Social-Media, Stichwort Influencerin, Schönheit usw. gehen, damit potenziell betroffene Mädchen proaktiv angegangen werden könnten.

Soweit meine Ausführungen im Sinne einer Tour d'Horizon, die den gesamten Bericht natürlich nicht spiegeln kann. Ich danke im Namen Mitte-EVP-Fraktion der GPK für ihre grosse Arbeit und danke Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Genehmigung des Berichts.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zum Sprecher für die FDP Erich Bucher.

Erich Bucher (FDP): Nach der Diskussion zum Jahresbericht der Finanzkommission befassen wir uns bereits zum zweiten Mal mit dem Jahresbericht der Regierung. Nach den mehrheitlich positiven Tönen zur Arbeit des Regierungsrates, zum ausgezeichneten Finanzresultat, zeigt der Bericht der GPK ein anderes Bild, die andere Seite der Medaille.

Seit Jahren moniere ich, dass der Jahresbericht der Regierung mit seinen 500 Seiten endlich ein echter Rechenschaftsbericht wird. Der Regierungsrat berichtet, ob er richtig geschafft oder mit anderen Worten gearbeitet hat. Dies ist leider immer noch nicht der Fall. Hinweise auf Probleme, Fehler, Unzulänglichkeiten, Projektverzögerungen, Kostenüberschreitungen usw. findet man nur im Kleingedruckten. Das vorliegende Buch ist ein Marketinginstrument, das die Departemente und Abteilungen im besten Licht darstellt. Liebe Mitglieder der Regierung, stehen Sie endlich dazu und zeigen



Sie auf, dass die Verwaltung auch Fehler machen kann. Und sagen Sie uns gleichzeitig, was Sie dazu unternommen haben, um dies zu korrigieren. Ich bin ja in der Zwischenzeit nicht mehr alleine. Die GPK stellt ja die gleiche Forderung in der Zwischenzeit.

Erlauben Sie mir im Namen der FDP, auf einige kritische Punkte einzugehen. Zur Informations- und Cybersicherheit. Bereits in frühen Jahren musste die GPK feststellen, dass Mängel bei Benutzerzugriffen auch nach vier Jahren nicht behoben waren. Die Finanzkontrolle musste im vergangenen Jahr mehrmals beanstanden, dass die vom Regierungsrat abgesegneten Schutzmassnahmen nicht oder ungenügend umgesetzt wurden. Dass die GPK gleich drei Forderungen stellt - dies sind Empfehlungen zur Umsetzung, die Motionscharakter haben - zeigt den sofortigen Handlungsbedarf. Die GPK stellt aber auch fest, dass wir als Grosser Rat die Rolle des Datenschutzbeauftragten im Bereiche der Datensicherheit respektive Schutz der Daten im Gegensatz zum Schutz der Personendaten erweitern muss. Aber auch die institutionelle Bedeutung der Finanzkontrolle ist zu prüfen, müssen wir doch feststellen, dass die FiKo keine Befehls- und Durchsetzungskompetenz hat, was in der Privatwirtschaft der Fall wäre.

Die Problematik muss aber in einem grösseren Kontext gesehen werden. Weisungen zur IT-Sicherheit, die durch den Regierungsrat genehmigt werden, werden nur teilweise umgesetzt. ITBS, die Organisation, die für die IT-Sicherheit zuständig ist, kann die anderen Departemente nicht zwingen, Schwachstellen zu korrigieren. Ein unhaltbarer Zustand. Deshalb fordert die GPK, dass der Regierungsrat umgehend der zentralen Fachstelle die notwendigen Kompetenzen zur Umsetzung der Sicherheitsstandards erteilt.

Da sich bei ähnlichen Feststellungen und Forderungen der GPK in der Vergangenheit nichts getan hat, reichte die Kommission eine Motion ein, wir werden das diskutieren. IT-Sicherheit ist nur eine der Voraussetzungen für die Umsetzung der Digitalisierung, eines der drei Legislaturziele. Viel entscheidender ist die Fähigkeit, die Projekte umzusetzen. Leider müssen wir auch im abgelaufenen Kalenderjahr feststellen, dass die Verwaltung die Kraft nicht auf den Boden bringt. Weder wurden die Budgets der Digitalisierung bei den Projekten noch bei den Investitionen ausgeschöpft.

Mehrere Sprecher haben sich ja bereits zum Fachausschuss Literatur, zur Polizei oder generell zur Personaepersonalsituation geäussert. Deshalb konzentriere ich mich auf einige andere Themen, weil wir bei den restlichen sowieso einig sind. Ich hätte das Bau- und Gastgewerbeinspektorat in die obige Aufzählung mitnehmen können, aber hier muss ich eine Bemerkung machen: Es wird zu einem Running Gag, das die GPK jedes Jahr in ihrem Bericht Feststellungen und Forderungen formulieren muss. Vielleicht muss die Regierung auch einmal den Mut haben, fundamentale Änderungen vorzunehmen.

Zum Risikomanagement des Kantons: Die Fraktion kann nicht nachvollziehen, wieso der Kanton immer noch zwei unterschiedliche Riskportfolios führt. Die Argumentation, dass eine sich für die finanziellen Risiken und das andere auf Katastrophen und Notlagen konzentrierte, ist nicht nachvollziehbar. Auch ein Affflugzeugabsturz im Kantonsgebiet hätte sofort finanzielle Konsequenzen. Zwei getrennte Portfolios können auch dazuführen, dass es widersprüchliche Vermeidungsstrategien gibt und daraus falsche Schlüsse gezogen werden. Wir sind mit der GPK einig, es darf nur ein einziges Risikoportfolio geben.

Die GPK hat nicht nur die Oberaufsicht über die kantonale Verwaltung, sondern auch über die ausgelagerten Betriebe. Lassen Sie mich die BKB als Beispiel nehmen. Über die Presse wurden wir auf zwei Vorkommnisse mit unserer Bank aufmerksam gemacht. Zum ersten: Der Kanton Graubünden hat zur Pleite Signa und Bankergruppe publiziert, dass die BKB ein Obligo von 7 Millionen bei diesem Konglomerat hat. Die GPK wollte vom Regierungsrat wissen, ob dies die einzige Verpflichtung ist. Im Gegensatz zum Kanton Graubünden hat der Regierungsrat dies nicht beantworten wollen. Er versteckt sich hinter dem Bankgeheimnis. Die andere die Schlagzeile der BKB lautete: Spekulation auf Kriegsaktien trotz restriktiver Richtlinien - Basler BKB zieht in umstrittenes Finanzprodukt zurück. Die FDP-Fraktion ist doch überrascht, dass die BKB überhaupt auf die Idee kommen konnte, solche Finanzprodukte zu lancieren. Es ist deshalb gut, wenn neben dem Regierungsrat auch die Oberaufsicht unsere Bank und alle anderen ausgelagerten Betriebe im Auge behält.

Die FDP-Fraktion nimmt den Jahresbericht der GPK zur Kenntnis und unterstützt alle deren Anträge. Die Fraktion dankt dem Regierungsrat, der Verwaltung, den Gerichten, der Staatsanwaltschaft, den Datenschutzbeauftragten, der Finanzkontrolle, der Ombudsstelle und den öffentlichrechtlichen Anstalten und ihren Angestellten für die konstruktive Zusammenarbeit.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion GAB spricht Laurin Hoppler.

Laurin Hoppler (GAB): Auch ich möchte noch kurz als Sprecher der Fraktion GAB einige Punkte aus dem Jahresbericht aufnehmen. Ich werde mich aber kurz halten, da Sie ja den Jahresbericht alle schon gelesen haben.

Beim ersten Thema geht es um Cyber- und IT-Sicherheit. Es ist ein besonders dringliches Thema und der erfolgreiche Hackerangriff auf das ED schmerzhaft gezeigt, dass die Systeme nicht ausreichend geschützt sind und darum fordern wir einmal mehr, dass diese alarmierenden Zeichen wahrgenommen werden und diese Forderungen wirklich umgesetzt werden,



dass man in Zukunft auf solche Angriffe adäquat reagieren kann. Wir begrüssen es aber auch sehr, dass die GPK dem einen Schwerpunkt verleiht, indem sie eine Kommissionsmotion dazu eingereicht hat.

Dann kommen wir kurz zu den Hitzemassnahmen im GD. Ein weiteres wichtiges Thema des Jahresberichts sind ebendiese Massnahmen zur Prävention von Hitzefolgen. Der Klimawandel stellt uns immer wieder vor grosse Herausforderungen und die zunehmenden Hitzewellen haben erhebliche Auswirkungen auf die Gesundheit unserer Bevölkerung. Das GD informiert über den Hitzemassnahmenplan, der auch öffentlich einsehbar wird zukünftig, was wir sehr begrüssen. Der Plan zielt auch darauf ab, dass die Bevölkerung, insbesondere die besonders gefährdeten Personen ab 75 zu schützen. Die Fraktion findet es wichtig, dass dieser Plan immer wieder auch den aktuellen Gegebenheiten und Verhältnissen angepasst wird. Zudem soll auch darauf geachtet werden, dass entsprechende Technologien eingesetzt werden, welche nicht den Klimawandel noch weiter vorantreiben.

Dann kommen wir kurz zum Thema Demonstrationen. Die Strategie und der Umgang mit den Demonstrationen war ein weiteres Thema und wir begrüssen es sehr, dass verstärkt der Dialog gesucht wird, aber wir sehen auch noch viel Handlungsbedarf und unterstützen die Forderung nach detaillierteren Daten und Statistiken zu den Kundgebungen, dass man auch mehr Grundlagen hat, um das das Thema zu diskutieren und angemessene Massnahmen zu ergreifen.

Dann kommen wir kurz zur IT bei den Gerichten. Ein weiteres Thema ist dieser Übergang der Gerichte zu der Microsoft Cloud. Der Gerichtsrat äusserte erhebliche Bedenken bezüglich der Sicherheit und Funktionalität und wir teilen die Sorge der GPK und des Gerichtsrats. Das muss behoben werden beziehungsweise diese Mängel müssen angeschaut werden und wirklich auch ernstgenommen werden, denn auch hier möchten wir betonen, dass das die GPK wieder einmal eine Lösung fordert und es wieder um das Thema IT geht, also ein wirkliches Schwerpunktthema.

Allgemein möchte das GAB auch anmerken, dass wir vom Regierungsrat auch erwarten, dass diese Forderungen und Empfehlungen ernstgenommen werden und auch umgesetzt werden. Zum Ende möchte ich mich auch noch einfach bedanken im Namen der Fraktion, beim Regierungsrat, dem Gerichtsrat, allen Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung und auch den Kleeblattorganisationen für ihre tägliche Arbeit, die sie leisten für unseren Staat. In diesem Sinne bitte ich Sie, dem Bericht so zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben keine weiteren Fraktionsvoten. Für ein Einzelvotum gemeldet hat sich Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe ja heute Morgen gesagt, dass ich zu den Baustelle reden möchte. Ich habe nur eine Frage an Regierungsrätin Esther Keller. Wir reden ja immer auch nett und freundlich miteinander. Die Frage ist, warum man die Baustellen nicht besser planen kann. Wenn ich jeden Tag mit Bus und Tram durch das Kleinbasel fahre, höre ich, was die Leute sagen im Bus, und jeder redet jeden Tag darüber, dass wenn eine Baustelle fertig ist, am anderen Ende wieder neu angefangen wird. Wenn ich in anderen Ländern bin, in Bulgarien, Osteuropa, wird dort einmal eine Tramlinie gebaut in 100 Jahren. Warum werden in Basel so viele Baustellen gemacht? Kann man das nicht ein bisschen besser planen? Seit ich Kind bin, ist die Freie Strasse eine Baustelle. Ich würde gerne bei dieser Diskussion mehr mitmachen, aber ich bin eine ganz klassische Einthemapartei, die damit Erfolg hat. Aber ich bin froh, dass der Gesamtregierungsrat da ist und darum habe ich heute am Morgen gesagt, dass ich zum Thema Baustellen reden möchte.

Sie wissen, ich bin fraktionslos, mir fehlt ein Parteiapparat. Ich kann darum nicht zu jedem Thema reden. Darum möchte ich Ihnen mitteilen, dass ich mich da bei dem Thema Geschäftsprüfungskommission Jahresbericht Regierungsrat enthalten werde. Ich schaffe es einfach nicht, alles durchzulesen und zu jedem Thema eine Rede zu schreiben. Dazu fehlt mir als Grossrat schlicht die Zeit. Ich bin immer dankbar, wenn mir die Sitznachbarn sagen, was ich stimmen soll. Teilweise befolge ich es, aber nicht immer. Ich könnte mich auch jetzt kürzer fassen, wenn ich die Kreuztabelle kennen würde, aber ich bekomme sie nicht. Denn manchmal bin ich Zünglein an der Waage.

Ich möchte noch zum Geschäftsbericht der Regierung kurz in freier Rede Stellung nehmen. Zum Baudepartement: Die Geschäftsprüfungskommission kriegt auch einen kleinen Rüffel von mir, aber freundlich. Warum kann die GPK nicht schreiben, die GPK empfiehlt, die Baustellen in Baselstadt besser zu planen. Wenn Sie genau hinhören und das mache ich bei der Bevölkerung, ärgern die Bevölkerung die ständigen Baustellen. Und es ist wirklich so, wenn eine Strasse zugemacht worden ist, fangen sie an der anderen Seite wieder zu baggern an. Und das stört die Leute und darüber wird im Bus und im Tram geredet. Und das ist die Mehrheit der Bevölkerung. Die Baustellen ärgern diese Leute und wenn man jetzt eine Anti-Baustellen-Partei gründen würde, hätte diese Erfolg und hätte auch einen Sitz im Parlament. Also das möchte ich sagen zum Baudepartement: Bitte nicht so viele Baustellen. Es regt auch mich auf, wenn man mit dem Tram nicht Richtung SBB fahren kann, wenn da in der Innenstadt gesperrt ist und wir haben das in den letzten zehn Jahren oft gehabt. Der Barfüsserplatz ist gesperrt gewesen. Marktplatz ist gesperrt, vier Wochen, und das finde ich merkwürdig. Und wir sind weltweit die Stadt mit den meisten Baustellen.



Ich komme zum letzten Departement, zum Justiz- und Sicherheitsdepartement. Da steht ganz gross auf Seite 52 «Schwerpunkt Gewaltdelikte und Massnahmen in Kleinbasel» Dabei reden sie über die Dreirosenanlage. In keinem Wort wird aber der Claraplatz angesprochen. Der Claraplatz ist noch schlimmer als die Dreirosenanlage. Ich muss nicht vorlesen, aber es steht da auf der Seite 52. Und ich finde, die GPK hätte schreiben können: Die GPK empfiehlt auch beim Claraplatz Kameras aufzustellen. Ich bin jeden Morgen am Claraplatz, weil ich dort auf die Post gehe. und ich sehe jeden morgen Drogendealer. Und da frage ich mich, warum hier nichts passiert. Und hier hätte die GPK auch sagen können, was mit den Drogendealern am Claraplatz ist. Und Sie wissen, der Claraplatz ist eine No-Go-Area geworden, wo Frauen. Touristen und Einheimische Angst haben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen damit wieder zum Regierungsratspräsidenten, wenn er das Wort wünscht. Er verzichtet, zum Gerichtsratspräsident, der ebenfalls verzichtet und zum Kommissionspräsident, der nicht verzichtet.

Tim Cuénod (SP): Vielen Dank an den Regierungsrat für die kurzen Ausführungen und selbstverständlich auch an alle Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher. Ich habe gelernt, es gibt zum Thema der IT-Security., der Cybersicherheit ein neues Programm unter dem Namen Pharos.

O Pharos Alexandreas, das war der Leuchtturm von Alexandria. Wir erwarten keine Weltwunder in Sachen IT-Sicherheit, aber gewisse Mindeststandards, damit die fragilen Schiffe mit sensiblen Daten nicht in den dunklen Fluten des Darknet untergehen. Und daher hoffen wir, dass Pharos von Erfolg gekrönt sein wird. Wir müssen nicht in eine Weltwunderliga aufsteigen, aber doch gewisse Mindestanforderungen erfüllen.

Beim BGI, Erich Bucher hat das wiederholt, ist es schon ein bisschen ein Runnig Gag, dass wir uns jedes Jahr dazu äussern. Wir haben uns noch nicht näher beschäftigt mit der Kritik des SIA Sektion Basler Architekten und Ingenieure, aber was es zu sagen gibt, ist, wenn für die betroffenen Berufsberufsgruppen, die sich häufig mit diesem Amt konfrontiert sehen, die Kundenzufriedenheit dermassen auf einem tiefen Niveau zu sein scheint, dann ist das schon ein Indikator dafür, dass es Handlungsbedarf gibt, unabhängig davon, wer jetzt Regierungsrätin oder Regierungsrat ist. Lange wurde dieses Departement geleitet von einem sozialdemokratischen Regierungsrat, jetzt ist es Regierungsrätin Esther Keller. Ich denke, da gibt es einfach gewissen Reformbedarf und das denke ich hat nicht nur mit der Natur des Amtes an sich zu tun. Es gibt Ämter, die sind per se unbeliebt. Mir hat jemand einmal gesagt, als es um die Stadtbildkommission gibt, die ist unbeliebt, aber würde die Stadtbildkommission die Top Ten jedes Jahr veröffentlichen der hässlichsten verhinderten Bauprojekte, dann wäre sie ausgesprochen populär. Ich glaube allerdings nicht, dass dieser Vergleich mit dem BGI gezogen werden kann, und es gibt da strukturelle Probleme und ein sehr tiefes Niveau offenbar der Kunden, Unzufriedenheit und uns scheint, das ist nicht ganz unbegründet, da gibt es wirklich Verbesserungsbedarf. Wir sind gespannt, ob da Handlungen eintreten werden.

Es wurde in der Debatte viel auch eingegangen, unter anderem von Andrea Strahm und von Pascal Pfister, auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Da gibt es einiges zu tun. Wir haben in unserem Bericht explizit erwähnt als Empfehlung eine verstärkte Prävention gerade in Zusammenhang mit dem Gebrauch von Social Media an den Schulen, dass da das ED mehr machen soll. Aber es ist natürlich effektiv eine Aufgabe, die mehrere Departemente betrifft, zum Beispiel die Frage der Therapieplätze, die wir im Bericht auch erwähnt haben, die ja mehr das Gesundheitsdepartement betreffen.

Wir haben uns in dem Bericht auch noch nicht auseinandergesetzt mit dem Bericht Schefer zur Situation der Kantonspolizei. Wir haben ein paar Sachen geschrieben zur Lage des Personalmangels und haben festgehalten, dass es eine Verbesserung braucht, zumindest in dem Sinne, dass die Arbeitsmarktzulage abgelöst werden sollte, in ein Definitivum übergeführt werden muss. Es braucht eine Verbesserung bei der psychologischen Betreuung, nicht besser Vereinbarkeit von Familien und Beruf. Abgesehen von diesen Empfehlungen teilen wir fest, dass es dringenden Handlungsbedarf gibt, um zu verhindern, dass diese Abwärtsspirale sich weiter dreht. Wir sind zugleich aber nicht Begleit- und Beratungsgremium des Regierungsrates und hoffen, dass entsprechend bald und zügig gehandelt wird. Wir werden die Situation auf jeden Fall weiter im Auge behalten.

Bedanken möchte mich in aller Form bei meinen Kommissionskolleginnen und Kommissionskollegen. Ich hatte ja das Vergnügen, die Leitung dieser Kommission zu übernehmen, der ich vorher nicht angehört habe. Ich finde, die Aufnahme war eine herzliche, der Umgang in der Kommission ist sehr konstruktiv. Selbstverständlich streiten wir manchmal über Prioritäten, über das was gut und nötig sein soll, aber die GPK erfüllt mit ihrer Arbeit eine sehr wichtige Funktion in unserem Gemeinwesen. Kritik ist nötig und häufig hat sie eine sehr heilsame Wirkung. Ich denke, dass wir auch im Sinne dessen, was Pascal Pfister gesagt hat, stark zu einer guten Fehlerkultur in diesem Kanton beitragen können. Bedanken möchte ich mich zuletzt auch beim Regierungsrat für die bis jetzt stets konstruktive Zusammenarbeit.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Damit ist die Eintretensdebatte abgeschlossen und wir kommen zur Detailberatung des GPK-Berichts und des Jahresberichts des



Regierungsrats. Hier zuerst das Präsidialdepartement. Wünscht Regierungspräsident Conradin Cramer das Wort? Er verzichtet. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Regierungspräsident Conradin Cramer wird damit wieder verzichten und der Präsident der GPK ebenso.

Bau- und Verkehrsdepartement: Wünscht Regierungsrätin Esther Keller das Wort? Sie verzichtet. Gibt es Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann wird Regierungsrätin Esther Keller immer noch verzichten und der Präsident der Geschäftsprüfungskommission ebenfalls.

Erziehungsdepartement: Wünscht Mustafa Attici das Wort? Er verzichtet. Es liegt eine Wortmeldung vor. Für die GLP spricht Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Aus Sicht des Erziehungsdepartements ist der Fachkräftemangel an Schulen nicht dramatisch, hält der GPK-Bericht fest. Wir Grünliberalen können uns dieser Beurteilung so nicht anschliessen. Solange hier ein Monitoring fehlt, wie wir es bereits 2022 in einem überparteilichen Vorstoss gefordert haben, basiert diese Aussage auf Glauben statt auf Wissen. Nur wenn jährlich ausgewiesen wird, wie viele Fach- und Lehrpersonen ohne adäquate Ausbildung, ganz ohne Ausbildung oder mit ausländischem Diplom an den Schulen in Basel-Stadt unterrichten, können wir den Fachkräftemangel qualitativ und quantitativ tatsächlich beurteilen. Die Tatsache, dass gemäss Jahresrechnung der Personalaufwand an Schulen aufgrund überdurchschnittlich hoher Stellvertreterkosten gestiegen ist, unterstreicht die Belastung an den Schulen und macht unserer Meinung nach deutlich, dass die Problematik des Lehrpersonenmangels in Basel angekommen ist, ebenso dass Schulleitungen oft keine Wahl mehr haben, wen sie anstellen möchten, sondern froh sind, wenn sie jemanden finden. Deshalb ist es zwingend notwendig, die effektive Situation durch das ED mittels Monitoring tatsächlich auszuweisen, worauf wir Grünliberalen in Zukunft bauen.

Die im Bericht angesprochene zunehmende psychische Belastung von Kindern und Jugendlichen ist eine traurige und erschreckende Tatsache, die uns sprachlos macht. Auch die steigenden Verhaltensauffälligkeiten sind äusserst besorgniserregend. Es scheint unserer älteren Generation immer weniger zu gelingen, sich angemessen um die jüngere Generation zu kümmern und das betrifft nicht nur den schulischen Bereich. Die langen Wartelisten für Therapieplätze sind ein deutliches Symptom dieses Problems. Besonders besorgniserregend finden wir Grünliberalen die Tatsache, dass vulnerable Kinder und Jugendliche darunter leiden. Für sie ist es besonders schwierig, ein angemessenes Therapieangebot zu finden. Im Bericht benennt das Erziehungsdepartement neben der Belastung von Eltern die Rolle der sozialen Medien als bedeutsame Ursachen für die psychische Belastung von Kindern und Jugendlichen, insbesondere von Mädchen. In der Konsequenz erwartet die GPK, dass das ED die psychische und psychosoziale Gesundheitsprävention an den Schulen ernst nimmt und stärkt.

Zu glauben, dass der Lehrplan 21 einschliesslich den Fachmedien und Informatik einen wesentlichen Beitrag zur Verringerung der Belastung durch Social-Media leisten könnte, halte ich für gewagt, aber natürlich wünschenswert. Wir Grünliberalen betonen jedoch, dass es nicht nur darum gehen kann, dass Schülerinnen und Schüler Kompetenzen erwerben, um sich selbst zu schützen und irgendwann angemessen mit sozialen Medien umzugehen. Vielmehr geht es darum, dass Kinder und Jugendliche aktiv geschützt werden, auch wenn dies nicht nur die Aufgabe der Schule ist, sondern auch der Eltern, tragen wir alle gemeinsam eine gesellschaftliche Verantwortung gegenüber der jüngeren Generation. Smartphones, die jederzeit den unkontrollierten Zugang zu sozialen Medien erleichtern, sind zwar nicht der einzige Faktor, der die psychische Gesundheit sowie die Entwicklung von jungen Menschen beeinflusst, aber Schulen können hier eine wichtige Vorbildfunktion übernehmen, indem sie den Kindern und Jugendlichen zumindest in der Schule eine Pause von ihrem Smartphone ermöglichen. Durch den Einsatz von Laptops, die heute allen Schülerinnen und Schülern an der Schule zur Verfügung gestellt werden, kann ein verantwortungsvoller, bewusster und präventiver Umgang mit digitalen Technologien gefördert werden. Durch Smartphone freie Schulen in Basel-Stadt können wir zusätzlich sicherstellen, dass sich die Schülerinnen und Schüler wieder stärker auf ihre Bildung konzentrieren und reale soziale Interaktionen pflegen, was die Entwicklung essenzieller sozialer Kompetenzen fördern, die für das weitere Leben der Kinder und Jugendlichen von Bedeutung sind.

Dass diese Umsetzung möglich ist, beweisen bereits andere Länder, einige Schulen in der Schweiz und auch in Basel, die Smartphone frei unterwegs sind. Ich zähle auf die Unterstützung des Erziehungsdepartements, um diese gesundheitsfördernde Massnahme zum Wohl der Kindern an allen Volksstuhl Standorten umzusetzen.

Bezüglich des Ansehens der Berufslehre und des dualen Bildungsweges unterstützen wir Grünliberalen die Empfehlung der GPK, die Berufslehre zu stärken. Wir müssen jedoch erkennen, dass hier ein tiefgehendes gesellschaftliches Preproblem vorliegt, denn trotz jahrelanger intensiver Bemühungen bleibt der aktuelle Erfolg aus. Die Entwicklung bedauern wir sehr, da sie tiefgreifende Auswirkungen auf die Gesellschaft hat, wie auch der aktuellen Fachkräftemangel zeigt. Diesem Problem können wir als Gesellschaft begegnen, indem die Beiträge, welche alle jene jungen Menschen tagtäglich leisten, die eine Berufslehre absolvieren, auch angemessen anerkannt werden. Zudem müssen wir sicherstellen, dass diese jungen Leute während ihrer Lehrzeit bestmöglich begleitet und unterstützt werden. Etwa 20 Prozent der Auszubildenden brechen ihre Lehre ab, meistens im ersten Jahr. Die professionelle Unterstützung der Jugendlichen in dieser sensiblen Lebensphase ist



entscheidend für ihren weiteren Berufsweg und einen trotz Anfangsschwierigkeiten erfolgreichen Berufsabschluss. Zudem gilt es, die Ursache für die Lehrabbrüche zu evaluieren und mit geeigneten Massnahmen abzufedern, um die Abbruchquote zu senken und den Jugendlichen einen besseren Start ins Berufsleben zu ermöglichen.

Wenn wir wollen, dass mehr Jugendliche den Ausbildungsweg über die Berufslehre einschlagen anstatt über weiterführende Schulen, müssen wir die Bedeutung und Attraktivität der Lehre deutlich steigern und uns dafür einsetzen, die Ausbildungstitel grundsätzlich zu internationalisieren. Dies würde insbesondere bei Eltern, die das duale Bildungssystem weniger kennen, zu einem besseren Verständnis und einer höheren Wertschätzung der Berufslehre führen. Zudem würde es Berufsabgänger und später auch Fachhochschulabgänger bei internationalen Bewerbungen unterstützen. Heute müssen Berufsleute erklären, welchen Wert ihr Titel in der Schweiz hat. Es ist jedenfalls entscheidend, dass das ED gemeinsam mit der Wirtschaft Strategien entwickelt, um Eltern noch gezielter zu informieren und von den Vorteilen der dualen Ausbildung zu überzeugen.

Noch ein Wort zur Datensicherheit: Die Grünliberalen unterstützen die Empfehlung der GPK, Schwachstellen dringend zu beseitigen. In einer schriftlichen Anfrage zur Umsetzung des revidierten Datenschutzgesetz in den kantonalen Bildungsinstitutionen betone ich die Bedeutung eines kantonalen Dachkonzepts. Die Antwort der Regierung erwarte ich mit Spannung. Bereits jetzt anerkennen wir die Notwendigkeit einer Mehrfachauthentifizierung als Sicherheitsmassnahme für Mitarbeitende. Wie die GPK in ihrem Bericht betont, stellt diese Anforderung für Schülerinnen und Schüler jedoch eine Herausforderung dar. Die Nutzung von Mobiltelefonen an Schulen kann nicht verlangt werden und ist aus bereits genannten Gründen nicht sinnvoll. Wir Grünliberalen sind der Meinung, dass hier alternative Lösungen unbedingt gefunden werden müssen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wünscht Regierungsrat Mustafa Atici das Wort in der zweiten Runde? Das ist nicht der Fall. Dafür wünscht es Tim Cuénod für die GPK.

Tim Cuénod (SP): Wir freuen uns, wenn man sich so intensiv mit unserem Kommissionsbericht auseinandersetzt. Ich möchte nur eine kurze Präzisierung anbringen und zwar haben wir nicht gesagt, dass es keinen Fachkräftemangel generell gebe, sondern unsere beruht darauf, dass es keine unbesetzten Stellen gibt im Erziehungsdepartement bis zum jetzigen Stand. Wie sich das weiter entwickelt und wie viele Stellen auf verschiedenen Schulstufen von Lehrpersonen besetzt sind, die in dem Sinn kein Diplom haben, das war nicht unser Untersuchungsgegenstand.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zum Finanzdepartement. Regierungsrätin Tanja Soland wünscht das Wort nicht. Es gibt keine Wortmeldungen, damit verzichtet Regierungsrätin Tanja Soland auch in der zweiten Runde, nehme ich an und Tim Cuénod ebenfalls.

Gesundheitsdepartement: Regierungsrat Lukas Engelberger verzichtet vorerst. Es gibt keine Wortmeldungen. Damit verzichtet Regierungsrat Lukas Engelberger auch in der zweiten Runde und auch Tim Cuénod verzichtet.

Wir kommen zum Justiz- und Sicherheitsdepartement. Regierungsrätin Stephanie Eymann, wünschen Sie das Wort? Nein. Es gibt eine Wortmeldung von Lisa Mathys für die Fraktion SP.

Lisa Mathys (SP): Besten Dank auch meinerseits für den umfassenden Bericht der GPK und die fast noch umfassenderen Voten dazu, die wir schon gehört haben. Ich lege mit diesem Votum noch kurz den Finger auf eine Lücke im Bericht, die die SP-Fraktion sehr bedauert und doch auch ein bisschen seltsam findet. Ich zitiere verkürzt von Seite 23 im Bericht: «Die GPK entschied sich, nicht einzelne Polizeieinsätze wie zum Beispiel am 1. Mai 2023 zu untersuchen, sondern allgemeine Fragen zum Umgang mit Demonstrationen zu stellen.» Es dünkt uns doch wirklich schade, dass die GPK sich entschieden hat, hier wegzuschauen. Dass einige Verfahren noch hängig sind, ist nicht bestritten, das war aber auch bei anderen Geschäften so, welche die GPK sehr wohl untersuchen konnte.

Kolleginnen und Kollegen, allein der angesprochene Einsatz am 1. Mai hat den Kanton, sprich die Steuerzahlenden über eine halbe Million Franken gekostet, und das sind nur die ausgewiesenen Kosten, die Kosten für den Helikopter, der einen Tag lang über der Stadt kreiste, sind darin ja nicht einmal enthalten. Der Polizeibericht, der letzten Freitag veröffentlicht wurde, brachte es auch noch wieder ans Licht. Es kommt regelmässig zu völlig überdimensionierten Einsätzen. Das Personal fordert den Verzicht «auf unnötig grosse Aufgebote» und aus dem Bericht wird auch klar, dass die Grösse dieser Aufgebote doch sehr willkürlich erscheint und nicht selten durch und durch friedliche Veranstaltungen mit einem massiven Polizeiaufgebot versehen werden.

Wir sind überzeugt, dass es auch hier spannend wäre zu untersuchen, wie es zu dieser total ungleichen Handhabung verschiedener Veranstaltungen kommt, oder eben konkret, was läuft falsch, dass es zu einem total unverhältnismässigen



Einsatz wie jenem vom 1. Mai 2023 kommt, der den Kanton nicht nur Unsummen kostet, sondern auch dem öffentlichen Ansehen schadet, das auch noch diverse juristische Verfahren und Rügen nach sich zieht. Was läuft hier falsch?

Ich erinnere daran, es wurden Dutzende friedliche und teilweise völlig unbeteiligte Menschen eingekesselt und festgehalten. Ich finde es ganz ehrlich gesagt schon speziell, dass man das nicht untersucht. Wer will da nicht hinschauen? Es fällt irgendwie auf. Und auch ein weiterer Punkt aus dem Bericht wirft Fragen auf. Die Angstkultur und dadurch fehlende Diskussions- und Fehlerkultur, die interne kritische Rückmeldungen und Anpassungen im Bereich der Einsatzplanung verunmöglicht. Die grosse Zahl an Überstunden, die dadurch entsteht, wirft dann wiederum auch Fragen zur Einsatzfähigkeit der Polizei auf, weil dann eben die Leute fehlen, wenn man sie wirklich bräuchte. Der Bericht wirft die grundsätzliche Frage auf, ob es mit dem offenbar desolaten Zustand der internen Führung und internen Kontrolle der politischen Ebene des JSD überhaupt möglich ist, die Verhältnismässigkeit der Polizeieinsätze und die Adäquatheit des Mitteleinsatzes sicherzustellen. Auch das gehörte bestimmt untersucht.

Wir haben noch andere grosse offene Kisten, die unserer Meinung nach untersucht gehören. Als weiteres Beispiel seit der Erlass des radikalen Demoverbotes im letzten Herbst erwähnt, das grosse grundrechtliche Fragen aufwirft und dem Ansehen unseres Kantons und unserer Polizei ganz sicher auch nicht gut tat.

Der Bericht zu den Missständen in der Polizei zeigt es klar, der GPK-Bericht hat hier eine bedauernswerte Lücke, die Missstände in der Polizei sind tiefgreifende, es stellen sich auch auf politischer Ebene sehr relevante Fragen, die beantwortet gehören. Einfach zur Tagesordnung überzugehen ist nicht angezeigt. Wenn die GPK diese Arbeit nicht sinnvoll findet, ist es wohl genau auch deshalb eine gute Gelegenheit, eine PUK einzusetzen. Eine PUK dient zur Abklärung besonderer Vorkommnisse von grosser Tragweite. Die Polizei übt das staatliche Gewaltmonopol aus und es ist zentral, dass die Bevölkerung in die Professionalität der Polizei vertrauen kann. Insofern sind die Missstände bei der Polizei von grundlegender Tragweite für das Funktionieren unseres Staates. Eine PUK ist anders ausgestattet und kann auch um die GPK zu entlasten, personell anders zusammengesetzt sein. Wir wollen den Antrag für eine PUK nach den Sommerferien einreichen, zusammen mit allen Fraktionen, die an einer Klärung der politischen Verantwortung und einer nachhaltigen Verbesserung der Situation interessiert sind, denn für eine nachhaltige Verbesserung braucht es ebendiese Aufarbeitung.

Unabhängig davon, ob es eine PUK gibt oder nicht, es würde uns freuen, wenn die GPK künftig auch Vorgänge wie die fragwürdigen und unverhältnismässigen Einsätze bei Demos prüft und darüber berichtet. Schliesslich ist es Aufgabe der GPK, das staatliche Handeln auf Angemessenheit und Rechtmässigkeit zu überprüfen. Wegzuschauen, wenn die Angemessenheit und Rechtmässigkeit effektiv fraglich sind, entspricht diesem Auftrag nicht exakt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: André Auderset und Johannes Sieber möchten Ihnen Fragen stellen. Sie werden abgelehnt. Für die Fraktion GLP hat Claudia Baumgartner das Wort.

Claudia Baumgartner (GLP): Weil wir uns noch nicht dazu geäussert haben, bewusst nicht, möchte ich das hier jetzt noch nachholen, und zwar geht es natürlich um diesen am letzten Freitag veröffentlichten Bericht zur Lage der Kantonspolizei. Man kann es nicht schönreden, wirklich verheerend. Es scheint als laufe offenbar seit Langem tatsächlich alles falsch, was falsch laufen kann. Schlagwortartig aufgezählt treffen wir im Bericht von Professor Markus Schefer und seinen zwei Mitarbeiterinnen ungefähr alle Managementfehler an, die man aus Lehre und Praxis kennt: Unklarer, zu lascher oder aber zu autoritärer Führungs- beziehungsweise Entscheidungsstil, verbunden mit mangelnder Respektierung der Vorgesetzten, fehlende strategische Ausrichtung, unklare Prozesse, verbunden mit fehlenden Reglementen und mangelnden Strukturen und damit verbunden unklare Aufgaben und Kompetenzen. Angstkultur, fehlende Wertschätzung gegenüber der Arbeit und der Leistung der Mitarbeitenden von innen und aussen, schlechte Informations-, Kommunikations- und Mitsprachekultur, Mangel an psychologischer Betreuung und Fehlerkultur, persönliche und fachliche Fehlbesetzungen, fehlendes Gemeinschaftsgefühl und Interesse für das Übergeordnete latenter mangelnder Wille zu Veränderungen, Sexismus und Rassismus, Ungerechtigkeiten bei Benefits und Beförderungen, zu geringe Entlohnung, Überlastung und mangelnde Freizeitplanung aufgrund häufiger Spontaneinsätze wegen chronischen Personalmangels und einer Vielzahl von Projekte.

Habe ich etwas überlesen? Ich habe bis vor zehn Jahren in einem Grossunternehmen regelmässig Personalumfragen betreut und deswegen überrascht mich nicht das Resultat der vorliegenden Umfrage, wohl aber die Deutlichkeit. Im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends war die Fehlerkultur bei Arbeitgebenden noch weniger ausgeprägt als heute, und so wage ich doch zu behaupten, dass in Umfragen zu meiner Zeit vieles beschönigt beantwortet wurde beziehungsweise weniger schmeichelhafte Resultate relativiert beziehungsweise eher in den Hintergrund gedrängt wurden.

Zum Glück ist dies heute offensichtlich anders und so bin ich trotz des vorliegenden Desasters dankbar, dass eine authentischere Fehlerkultur einerseits den obersten Chef der Polizei, sicher nicht zu früh, veranlasste, durch Beauftragung des vorliegenden Berichts die Notbremse zu ziehen und andererseits die Belegschaft beziehungsweise alle befragten Personen kein Blatt vor den Mund nahmen. Ebenso dankbar bin ich, dass der Bericht ausdrücklich keine wissenschaftliche Arbeit darstellt und dass die 30 abgegebenen Empfehlungen begleitet werden mit der Erläuterung, dass sie sehr abstrakt



gehalten sind, und in der Praxis eine Konkretisierung auf allen Ebenen benötigen. In der Tat wirken die Ratschläge wie die Tipps eines Consulting-Unternehmens, was nicht abschätzig gemeint sein soll. Man ist sich bewusst, dass sie nicht wirklich etwas ganz Neues zu Tage gefördert haben, und man würde sich schämen, hätte man die empfohlenen guten Taten nicht schon längst gekannt, aber halt leider immer noch zu wenig umgesetzt. Aber man ist auch sehr froh, dass endlich alles Schwarz auf Weiss bezeugt ist und man eine legitime Begründung für alle zu folgenden nötigen Massnahmen, darüber ist man sich ebenso klar, in den Händen hält.

Und weil eigentlich allen alles so weit klar ist oder sein sollte, was das weitere Vorgehen betrifft, aber noch längst nicht was dies alles ganz konkret bedeutet, haben wir Grünliberalen uns seit letzter Woche bewusst nicht auch noch in den allgemeinen Medienhype eingemischt, zumal wir ein Interview am Tag der Veröffentlichung ohne auch nur eine ansatzweise gründliche Auseinandersetzung mit dem Bericht unsererseits als nicht seriös erachtet hätten. Jetzt gilt es nach der ersten berechtigten Empörung kühlen Kopf zu bewahren und die Verantwortlichen umgehend mit der Knochenarbeit starten zu lassen. Umfassende Analyse des Berichts und Erarbeiten von Sofort-, mittel- und langfristigen Massnahmen und vor allem einer Gesamtstrategie, denn die Probleme sind zu tiefliedend und vielschichtig für eine weitere Pflasterpolitik.

Da sich des Handlungsbedarfs hier alle schon seit langem bewusst sind, wurde im Sinne von Soforttropfen auf den heissen Stein immerhin schon einiges aufgegleist, unter anderem auch mit parlamentarischen Vorstössen und weitere werden ja folgen, wie wir es jetzt gehört haben unter anderem die PUK. Da werden wir noch schauen, wie wir das als Grünliberale beurteilen.

A propos Parlament, auch wir Mitglieder des Grossen Rats kommen in der Umfrage neben der Bevölkerung nicht durchwegs gut weg punkto Wertschätzung und Interesse für die Polizeiarbeit und die Leistungen des Korps zum Wohl der Gesellschaft. Und vermutlich haben viele von euch Ende Mai auch den Brief eines verzweifelten Polizisten erhalten. Er schildert eindrücklich die Not der Mitarbeitenden an der Front aufgrund des Personmangels wie der mangelnden Entlohnung und fehlenden Wertschätzung. Hier sind wir aufgefordert, weiterhin unbedingt auf solche Hilferufe zu hören und ich bin dankbar, wenn wir als Parlament der Exekutive alle adäquaten Mittel in die Hand geben, die in unserer Kompetenz liegen. Und ansonsten die verantwortlichen nun mit Führungsstärke ihre Arbeit machen lassen, wozu selbstverständlich auch allfällige Personalentscheide gehören, denen wir Grünliberale jedoch nicht mit einer Aufforderung nach Köpferrollen vorgreifen.

Ich glaube, niemand von uns beneidet aktuell Regierungsrätinnen Stephanie Eymann und Tanja Soland. Umso mehr geht es darum, der Regierung jetzt den Rücken freizuhalten, damit wir den von unserer JSD-Vorsteherin bereits angekündigten Bericht zu ersten Massnahmen, die wir lieber bereits vorgestern als erst morgen gesehen hätten, rasch erhalten. Ja, und ganz sicher werden wir dann auch die Regierung daran messen.

Es ist furchtbar, aber es nützt nicht, sich ständig zu wiederholen. Nehmen wir die Chance heraus, dass sich vielleicht ja wirklich auch bei der Polizei endlich ein Kulturwandel einläuten lässt. Diese Aufarbeitung wird uns alle noch lange begleiten, aber sie ist dringend nötig, damit dereinst alle Involvierten, Polizei, Regierung, Parlament, Öffentlichkeit, wieder ins gegenseitige Vertrauen kommen, denn nur so kann letztlich nebst aller Massnahmen das Polizeikorps mittelfristig vielleicht endlich prosperieren.

In diesem Sinne plädieren wir Grünliberalen selbstverständlich für eine umfassende Analyse mit entsprechenden Konsequenzen in welchen Bereichen auch immer nötig, aber auch für die nötige Geduld bis zum Vorhandensein erster Resultate seitens der Regierung, denn die ganz schnellen Lösungen gibt es vermutlich nicht. Ich ermahne uns alle, der Versuchung zu widerstehen, diese Angelegenheit zum Wahlkampfthema zu machen. Was die Polizeibasis nun am wenigsten braucht, sind zusätzliche Unsicherheit und tägliche Spontaneinfälle. Und auch die Bevölkerung sollte uns Politiker:innen nicht als einen Haufen Hyänen wahrnehmen, die bei einem ernsthaften Problem als erstes nur ihre Partikularinteressen sehen. Hier arbeiten wir zusammen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): Entschuldigen Sie bitte, dass ich auf den GPK-Bericht zurückkomme. Ich möchte eigentlich nur darauf hinweisen, dass der Bericht zu der Aufsichtskommissions Staatsanwaltschaft nicht von der GPK besprochen worden ist, weil dieser ja erst später erschienen ist. Sie müssen also diesen selber nachlesen und ich kann sehr empfehlen, dass Sie das tun.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die LDP hat sich André Auderset gemeldet.

André Auderset (LDP): Lieber Oliver Thommen, danke vielmals für deine Worte. Ich kann gleich die Hälfte meines kurzen Referats wieder..., ich hätte es auch eigentlich gerne mit einer Zwischenfrage erledigt, aber die wurde ja nicht angenommen.



Es scheint mir schon etwas seltsam, bereits heute Morgen bei der Diskussion des FKom-Berichts und jetzt wieder bei der Diskussion des GPK-Berichts wird die Gelegenheit benutzt, auf eine doch etwas günstige, um nicht billige Art zu sagen, Wahlkampf zu machen und jetzt nun das Instrumente einer PUK zu verlangen und Beschuldigungen loszuwerden. Es sei doch noch mal kurz und wirklich nur sehr kurz, weil Oliver Thommen das bereits getan hat, zu sagen, der FKom-Bericht behandelt das Geld, das wir bereits ausgegeben haben und über die Sinnhaftigkeit hätten wir heute Morgen diskutieren müssen, haben wir auch zu einem grossen Teil getan, und der GPK-Bericht behandelt retrospektiv Punkte, die uns aufgefallen sind, die wir behandelt haben. Das ist natürlich eine gewisse Auswahl und kann nie alles umfassen. Was beide Berichte sicher nicht können, hellseherisch auf einen Bericht eingehen, den sie noch gar nicht kennen konnten. Und damit ist es eigentlich wirklich etwas sehr seltsam, dass man hier das zu einer Soade besonderer Art benutzt.

Und geschätzte Kolleginnen und Kollegen von der linken Seite, wenn Sie eine PUK wollen, dann tun Sie das, dann beantragen Sie das zum gegebenen Zeitpunkt, der ist nicht heute. Und tun Sie das mit den richtigen Instrumenten, dann ist sicher eine Diskussion möglich. Wir versprechen auch, dass wir dann nicht wieder über den FKom-Bericht reden, sondern tatsächlich über die PUK.

Als GPK-Mitglied möchte ich doch noch anmerken, dass ich die parteienübergreifende zusammenarbeiten, das wirklich unter gesundem Menschenverstand funktionierende Diskussionsklima, das wir dort haben, sehr schätze. Ich habe mir sagen lassen, dass der FKOM ein ähnliches Klima herrscht, DASS man auch hier die Parteidinge etwas hinten anstellt und schaut, dass man sachgerecht diskutiert. Schade, dass dann die beiden Berichten hier bereits zum Wahlkampf benutzt werden danke.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Thomas Widmer-Huber gemeldet.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Wir haben es vorher gehört, Lisa Mathys hat in ihrem Votum den Einsatz der Polizei am 1. Mai 2023 thematisiert. Sie stellt sich die Frage, ob es wirklich ein völlig überdimensionierter Polizeieinsatz, wie da im Bereich Schefer erwähnt wurde. Ich erinnere uns daran, dass die Polizei vor dem 1. Mai 2023 ernsthafte Anhaltspunkte hatte, dass mit Gewaltausbrüchen zu rechnen war. Der Einsatz der Polizei war nach dieser Einschätzung nötig. Die Polizei hat auch präventive Aufgaben.

Kurz zum Untersuchungsbericht Schefer: Ich vertraue unserer Regierungsrätin Stephanie Eymann, sie hat es heute Morgen auch ausgeführt, dass sie Massnahmen seriös prüfen wird zur Polizei, auch wenn sie im Bericht kritisch erwähnt wird oder wenn vieles kritisiert wird. Es ist wichtig, dass kritische Punkte aufgearbeitet werden. Grundsätzlich machen die meisten Polizisten eine gute Arbeit, sie setzen sich täglich für unser Wohl ein, für unsere Sicherheit, und es ist mir wichtig, das hier festzustellen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Johannes Sieber hat sich ebenfalls für ein Einzelvotum gemeldet.

Johannes Sieber (GLP): Ich wollte nur kurz Lisa Mathys, die leider meine Zwischenfrage abgelehnt hat, darauf aufmerksam machen, dass der JSD-Verantwortliche in der GPK aus Ihrer Partei kommt. Er könnte in der GPK Anträge stellen für Untersuchungen. Vielleicht sollten Sie einmal intern klären, ob da eine Optimierung der Zusammenarbeit möglich ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Joël Thüring hat sich ebenfalls für ein Einzelvotum gemeldet.

Joël Thüring (SVP): Ich kann gerade dort ansetzen, wo Johannes Sieber aufgehört hat. Ich bin weitaus unbefangener als er, weil ich nicht mehr Mitglied dieser Kommission bin. Ich war es aber sehr lange und kann die ganze Aufregung jetzt auch nicht ganz nachvollziehen. Wir diskutieren heute über den Rechenschaftspflicht der GPK aus dem Jahr 2023. Der nimmt ja auch Bezug auf das Thema der Demonstrationen, auch auf die Demonstrationsmenge respektive auf die statistische Auswertung dieser Zahlen. Ich würde behaupten, da geht die GPK sehr weit ins Operative hinein. Das kann man gut oder schlecht finden. Ich finde das eher nicht ganz so die Flughöhe der GPK, aber das kann man ausdiskutieren. Was ich aber schon sehr speziell finde, ist, wenn wir jetzt heute Morgen schon, aber auch jetzt zu diesem Zeitpunkt permanent über irgendwelche Berichte von Professor Schefer sprechen, einen Bericht, der erst vor wenigen Tagen veröffentlicht wurde. Sie haben offenbar schon Ihren Schluss daraus gezogen, dass es dafür eine parlamentarische Untersuchungskommission benötigt. Lassen Sie doch zuerst einmal auch der zuständigen Regierungsrätin und der Gesamtregierung die Gelegenheit, Stellung dazu zu nehmen, wie sie nun mit diesen Resultaten aus dem Bericht umgehen wollen. Wenn Sie nämlich den Bericht etwas genauer anschauen, dann würde ich einmal behaupten, gibt es nicht die eine Lösung, die gefunden werden kann, um das Problem bei der Kantonspolizei zu beheben. Das muss wahrscheinlich ein Fächer an Massnahmen sein und



da muss ich Ihnen ehrlicherweise auch gestehen, ist mir dann die Retrospektive ein bisschen egal. Das kann sicher im Rahmen dessen aufgearbeitet werden, was auch normale Arbeit ist. Das kommt dann vielleicht im Rechenschaftsbericht der GPK zum Jahresbericht 2024. Aber lassen Sie doch jetzt zuerst einmal die entsprechend verantwortlichen ihre Aufgaben machen, diesen Bericht analysieren. Regierungsrätin Stephanie Eymann kennt den Bericht genau so lange wie wir alle. Sie hat in einem ersten Statement dazu Stellung genommen in den Medien. Diverse Grossrätinnen und Grossräte aus verschiedenen Parteien haben dazu Stellung genommen. Das ist der Weg, den man bei einem solchen Geschäft geht und dann wird zu einem späteren Zeitpunkt wieder darüber berichtet. Aber jetzt mit jedem Votum, wenn das Wort die Polizei aufpoppt, mit Schaum vor dem Mund auf diesen Bericht Schefer einzugehen und dann auch noch gleich eine PUK zu fordern, das dünkt mich jetzt angesichts des Zeitpunktes und dem Umstand, dass Sie ja den Antrag für eine PUK offensichtlich erst nach der Sommerpause einreichen wollen, doch arg Wahlkampf bezogen zu sein.

Das ist Ihr gutes Recht, aber ich finde es dann schon nicht ganz schön, wenn Sie der GPK gleichzeitig in Ihrem Votum noch vorwerfen, sie habe die Arbeit nicht sorgfältig getan. Ich möchte doch auch noch einmal hier auch bei Johannes Sieber anschliessen. Ich kenne die Departementsverantwortlichkeiten innerhalb der GPK nicht mehr. Aber selbst wenn jemand von der SP für das JSD zuständig ist oder auch nicht, dass spielt keine Rolle. Die SP ist in der GPK ebenfalls mit mehreren Fraktionsmitgliedern vertreten und dort ist dann die Gelegenheit, das auch entsprechend auszudiskutieren, und hier muss aus meiner Sicht nicht die GPK dafür kritisiert werden, dass sie etwas nicht untersucht hat oder vielleicht untersucht hat, aber nicht darüber berichtet hat. Das gibt es nämlich bei Oberaufsichtskommissionen auch noch.

Deshalb würde ich mir hier auch ein bisschen mehr Gelassenheit wünschen. Schliesslich wird sich die Problemlage bei der Polizei nicht von heute auf morgen ändern, und wenn Sie die Chronologie der Ereignisse bei der Kantonspolizei anschauen, dann haben diese Probleme auch nicht erst mit dem jetzigen Polizeikommandanten begonnen. Da gibt es vielleicht auch andere strukturelle Dinge, die man angehen muss. Genau deshalb gibt es den Bericht Schefer, deshalb gibt es eine Regierung und deshalb gibt es gleichzeitig eine GPK, die dann prüfen kann, ob die Regierung ihrer Aufsichtspflicht nachgekommen ist. Ich bitte Sie deshalb, die GPK nicht an den Pranger stellen zu wollen. Das wäre aus meiner Sicht der GPK und der Arbeit, die sie leistet, nicht gerecht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort an Regierungsrätin Stephanie Eymann, sofern sie es wünscht. Sie verzichtet. Damit hat der Präsident der GPK Tim Cuénod das Wort.

Tim Cuénod (SP): Der Bericht Schefer war kein Thema unseres Berichtes und konnte es aus zeitlichen Gründen auch noch nicht sein.

Zu den Demonstrationen hat die GPK bewusst sich dafür entschieden, nicht einen Einzelfall in diesem Sinne zu untersuchen, sondern gewisse systematische Probleme anzugehen oder versuchen anzusprechen, zum Beispiel die Frage der Demonstrationsstatistik, weil es ja einen Unterschied macht, ob irgendwo zehn Leute demonstrieren oder 5'000. Auch ist es so, dass in Sachen Fragen von Ansprechpersonen bei Demonstrationen, von Formen des Dialogs dies alles Themen waren, aber die GPK hat diesen Entscheid in dieser Form gefällt.

Wozu wir uns in unserem Bericht geäussert haben, ist die Abwärtsspirale, die es offenbar gibt. Vor einem Jahr haben 80 Leute gefehlt bei der Kantonspolizei, jetzt sind es aber 120. Wir schreiben im allgemeinen Teil des Berichtes, und das bezieht sich nicht nur auf die Kantonspolizei, folgendes: «Ist aber eine besonders herausfordernde Situation infolge von Personalmangel erst einmal eingetreten, bedarf es einer schnellen und flexiblen Reaktion, um zu vermeiden, dass es zu einer eigentlichen Krisensituation kommt. Es darf nicht vorkommen, dass das Funktionieren der kantonalen Verwaltung infolge von Personalmangel in Frage gestellt ist.»

Das stellen wir fest und ich glaube, diese flexible und schnelle Reaktion braucht es. Es gibt offenbar strukturelle Probleme, die angegangen werden müssen. Wie Verantwortlichkeiten sind im Hinblick auf bestehende Schwierigkeiten, das haben wir noch nicht untersucht, das konnten wir noch nicht untersuchen, und es ist für mich sehr klar, dass Sorgfalt vor Tempo geht, was in der Geschäftsprüfungskommission sehr häufig der Fall ist. Und ich finde die Zusammenarbeit in der Kommission bis jetzt auch ausgesprochen konstruktiv und denke, dass man sicher noch Diskussionen haben wird, wie wir mit dieser Fragestellung des Scheferberichts und anderen Dingen umgehen wird. Das wird man sehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zum Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt. Regierungsrat Kaspar Sutter, wünschen Sie das Wort? Er verzichtet. Wortmeldungen liegen keine vor. Damit verzichtet Regierungsrat Kaspar Sutter wahrscheinlich auch in der zweiten Runde und auch Tim Cuénod verzichtet.

Damit kommen wir zur Staatsanwaltschaft. Gibt es Wortbegehren? Es gibt keine Wortbegehren zur Staatsanwaltschaft.

Es geht weiter mit dem Bericht des Gerichtsrats. Es gibt keine Wortbegehren zum Gerichtsrat.



Damit kommen wir zum Thema Bemerkungen zum Bericht der Ombudsstelle, Finanzkontrolle und zum Datenschutzbeauftragten. Auch hier liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses auf Seite 61 des Berichts.

Titel und Ingress

1 Genehmigung Jahresbericht des Regierungsrates

2 Genehmigung Bericht des Gerichtsrats und der Gerichte

3 Genehmigung Bericht der GPK

4 Kenntnisnahme der Empfehlungen und Forderungen der GPK

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003766, 26.06.24 16:28:30]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Jahresbericht 2023 des Regierungsrats wird genehmigt.
 2. Der Bericht des Gerichtsrats und der Gerichte für das Jahr 2023 wird genehmigt.
 3. Der Bericht der GPK für das Jahr 2023 wird genehmigt.
 4. Die Empfehlungen und Forderungen im Bericht der GPK werden in zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen.
- Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 90 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

61. Resolution David Jenny und Konsorten betreffend keine Duldung von Besetzungen von Räumlichkeiten, die von der Universität Basel genutzt werden

[26.06.24 16:28:42, 24.5296.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben dieses Traktandum heute Morgen auf die Traktandenliste gesetzt. Der Resolutionsentwurf liegt Ihnen vor. Gemäss § 54 der Geschäftsordnung kann eine Resolution nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen gefasst werden. Wir kommen zu den Voten. Zuerst für die Fraktion FDP hat sich eingetragen der Verfasser der Resolution David Jenny.

David Jenny (FDP): Da dies eine normale Debatte ist, habe ich als Verfasser der Resolution nicht das letzte Wort, dann habe ich mich bemüht, das erste Wort zu haben. Dafür, dass die Traktandierung jetzt im zweiten Anlauf geklappt hat, danke ich Ihnen allen. Ich bin froh, dass wir jetzt die Gelegenheit haben, diese wichtige Thematik zu diskutieren. Ich habe bewusst das



Instrument der Resolution gewählt. Diese ist nicht rechtlich verbindlich. Die adressierten die Behörden findet nicht rechtlich verpflichtet, ihr zu folgen. Angesichts der besonderen Nähe unseres Parlaments zum Regierungsrat unseres Kantons und zur Universität Basel sind diese aber wohl beraten, sich mit Inhalt und Forderungen dieser Resolution auseinanderzusetzen, unabhängig davon, ob diese formell überwiesen wird, was leider relativ unwahrscheinlich ist, nur eine einfache Mehrheit findet oder im worst case hier verworfen wird.

Prämisse der Resolution ist, dass Besetzungen im Gegensatz zu Demonstrationen oder Versammlungen keinen grundrechtlichen Schutz geniessen, mindestens so lange, bis nicht ein Gericht in Strassburg ein solches Grundrecht erfindet. Und ich habe mich auch vergewissert bei der juristischen Fakultät, informell, wenn ich behaupte, dass Besetzungen keinen grundrechtlichen Schutz verdienen, würde mir nicht nachträglich mein Dokortitel entzogen werden.

Mit Besetzungen von Räumlichkeiten der Universität werden die Studierenden und der Lehrkörper daran gehindert, den Zweck der Universität zu erfüllen. Die Resolution verlangt, dass denjenigen, die beabsichtigen, durch Besetzung universitärer Räumlichkeiten ihre Forderungen durchzusetzen, klargemacht wird, dass Besetzungen nicht geduldet werden und dass sich dadurch kein Dialog über Forderungen aller Art erzwingen lässt. Dialog scheint ein Schlüsselbegriff dieser Debatte zu sein. Der Präsident der GPK ist ja schon auf das Altgriechische heute ausgewichen. Im Wort Dialog steckt Logos, und Logos heisst Wort und nicht Besetzung und «en arché en ho logos» - am Anfang war das Wort und auch nicht die Besetzung.

Ich bin wirklich davon überzeugt, dass an unserer Universität ausreichend rechtliche Möglichkeiten bestehen, mit der Universitätsleitung einen Dialog zu fördern. Es gibt einen Studierendenrat, es gibt die Möglichkeiten von Petitionen, es können alle möglichen Veranstaltungen durchgeführt werden. Dieses Instrumentarium durch Besetzungen anzureichern ist schlichtweg falsch oder im Dialekt ist schlichtwegs «bireweich». Dialog hat etwas Sokroatisches.

Und Sie mögen jetzt in einer Zwischenfrage fragen: Wissen Sie nicht, dass heute in Griechenland die Universitäten rechtsfreie Institutionen sind und die Polizei diese nicht betreten darf? Dann kann ich Ihnen erwidern, das war mal so, aber der oberste griechische Gerichtshof hat ein Gesetz geschützt, so dass eine Campus-Polizei jetzt zulässig ist und diese Unipolizei auch die Universitäten schützen darf. Das war vorher nicht der Fall. Wir haben keine Campus-Polizei, diese Rolle übernimmt unsere Kantonspolizei.

Sie mögen auch sagen, diese Resolution sei nicht mehr aktuell. Sie liegen damit meines Erachtens falsch. Ich will es nicht gross thematisieren die Ausflüchte, die unser Erziehungsdirektor bezüglich der angedrohten Störung der Lehrabschlussprüfungen gefunden hat. Auch wenn zurzeit die Besetzungsaktivitäten eingeschlafen sind, diese können jederzeit wieder zum Leben erweckt werden, auch wenn sich jetzt hier die Linke hinter Besetzungen stellt.

Die Resolutionsforderungen sind bewusst so gehalten, dass sie eben nicht die Vergangenheit thematisieren, sondern ein klares Vorgehen für zukünftige Ereignisse erreichen wollen. Und etwas zur Formulierung der Resolution: Ich habe mich sehr um Zurückhaltung bemüht. Ich habe keinerlei Forderungen auf zwingende Strafverfolgung, Exmatrikulation oder Einwirkung – jetzt ist der Begriff Besetzung in einem anderen Wortsinn gemeint – universitärer Organe aufgenommen. Ich bin überzeugt, dass die Universität Basel die Kommunikation einer klaren Haltung durch den Grossen Rat schätzen wird und jetzt und in Zukunft in ihren Abwägungen dieser Kommunikation – und ich hoffe, es ist die richtige – das gehörige Gewicht geben wird. In diesem Sinne hoffe ich auf Ihre Zustimmung zu dieser Resolution.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt Zwischenfragen von Johannes Sieber und René Brigger. Sie werden angenommen.

Johannes Sieber (GLP): Ich wollte wissen, ob die Ratslinke, die diese Resolution gemäss Kreuztabelle ablehnen wird, im Vorfeld den Dialog gesucht hat, um vielleicht eine Einigkeit zu finden in der Formulierung der Resolution?

David Jenny (FDP): Bezüglich Inhalt der Resolution hat die Linke keinen Dialog gesucht, aber ich habe ja darauf verzichtet, das Sekretariat der SP zu besetzen und das hat sie wahrscheinlich als Verzicht meinerseits auf Dialog aufgefasst.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage stellt René Brigger.

René Brigger (SP): Ich habe eine kleine redaktionelle Frage. Sie reden vom Eigentum des Kantons. Hat der Kanton an diesen Räumlichkeiten überhaupt Eigentum, ist es nicht vielmehr Eigentum der Einwohnergemeinde Basel?



David Jenny (FDP): Die Einwohnergemeinde hat keine eigenen Organe. Das sind Organe des Kantons. Die Verhältnisse sind teilweise nicht ganz einfach. Ich habe Kanton als Oberbegriff genommen und ich danke Ihnen für die Klarstellung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die LDP ist André Auderset.

André Auderset (LDP): Ich danke einerseits für das Verfassen der Resolution, andererseits auch für Ihre eben gesprochenen weisen Worte. Meine werden weniger weise sein, dafür vielleicht auch etwas emotionaler, denn um die normalerweise von Lisa Mathys verbreiteten Worte zu gebrauchen, ich bin einigermassen schockiert, entrüstet und was auch immer, dass nämlich beim letzten Mal vor etwa zwei Wochen die Traktandierung gescheitert ist. Immerhin ist man hier nach dem Scheitern gescheitert geworden und hat nun uns ermöglicht, hier immerhin darüber zu diskutieren.

Eigentlich ist diese Resolution ja restlos überflüssig, denn eigentlich sollte es selbstverständlich sein, dass in diesem Haus eine illegale Besetzung – wahrscheinlich gibt es ja keine legale Besetzung – nicht Billigung findet, schon gar nicht, wenn sie den Hort von Wissen und Forschung, nämlich die Universität Basel, betrifft und ihren Betrieb stört. Es sollte ebenso selbstverständlich sein, dass man gegenüber rassistischen Parolen, die dann nach so einer Besetzung dort hängen, weil eben ein guter Teil oder ein schlechter Teil der Besetzenden eben stark antisemitisch ist, dass dann eben solche Sachen dort stehen, die man eigentlich nur als Rassismus, als Antisemitismus verurteilen muss.

Trotzdem eben wurde vor zwei Wochen tatsächlich von einer knappen Mehrheit in diesem Rat abgelehnt, das zu traktandieren und man hat sich sogar geweigert, darüber zu reden, ob das Antisemitismus ist, ob man das geduldet haben will oder ob man hier nicht ein Zeichen setzen muss. Und dadurch ist die Resolution eben doch notwendig geworden, ist sie anscheinend eben nicht selbstverständlich.

Es ist tatsächlich so, dass ein Teil das abgelehnt hat und mit einigermassen formalistischen Argumenten, man habe ja keine Zeit gehabt, darüber zu reden. Es wird hier im Vorzimmer so viel geredet, ich nehme an, auch darüber zu reden hätte man Zeit gehabt. Es gab dadurch so ein Gerüchlein – ich würde nicht sagen, dass ich das vermute, ich sage nur ein, es entsteht dabei so ein Gerüchlein, dass man je nachdem aus welchem Lager Rassismus kommt, das mehr oder weniger tolerant anschaut. Wenn man hier eben einmal eine gewisse Sympathie mit denen hat, die das machen, dann verzeiht man es. Ich stelle mir jetzt gerade vor, eine irgendwie geartete Gruppierung hätte ein Ungebäude besetzt, um damit gegen die zunehmende Überfremdung der Schweiz zu protestieren oder gegen Missstände im Asylwesen. Sofort wären doch Gegendemonstrationen des Bürgerforums gegen rechts, Seniorinnen gegen rechts, Basel nazifrei und so weiter losgezogen. Hier wurde zum Völkermord aufgerufen, meine Damen und Herren, From the River to the Sea ist nichts anderes, als die Vernichtung Israels zu fordern. Da ging niemand auf die Strasse, nach dem Bündnis Basel nazifrei vermisse ich schon etwa ein Bündnis Basel gegen Antisemitismus.

Hier fehlt es mir etwas an gleichem Augemass, sowohl auf der einen wie auf der anderen Seite, und dass in der Kreuztabelle zu entnehmen ist, dass es immer noch zwei Parteien gibt, die diese Resolution nicht mittragen wollen – ich will nicht sagen, wer sie nicht mitträgt, ist ein Antisemit, das will ich ausdrücklich nicht behaupten, aber er unterstützt damit Antisemiten, und das ist für mich Mittäterschaft.

Deshalb bitte ich Sie, diese Resolution, die leider eben doch notwendig ist, mit zu unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die SP ist die Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Die SP Basel-Stadt verurteilt Antisemitismus, Rassismus und jede Form von Diskriminierung und von diskriminierendem Verhalten. Wir sprechen uns, wenn immer möglich, für den Weg des Dialogs aus. Auch sind antisemitische Parolen wie From the River to the Sea inakzeptabel. Der Terror der Hamas gegen die israelische Zivilbevölkerung und die massive Militäroperation und die katastrophale humanitäre Lage im Gazastreifen bestürzt uns zu tief und sie macht uns auch sprach- und machtlos. Der Grosse Rat hat am 19. Oktober eine Resolution dazu verabschiedet, dazu hat die notabene der Dialog unter den Fraktionen sehr gut funktioniert und wir konnten gemeinsam Worte finden und formulieren.

Jetzt, als eine Reaktion zu den Geschehnissen in Nahost wurden im Mai dieses Jahres Räumlichkeiten der Universität von propalästinensischen Gruppen besetzt. Zu den Besetzungen, zur Haltung der Universität, der Regierung und zur Polizei gibt es unterschiedliche Meinungen und Perspektiven. Wir verstehen die Intention von David Jenny, sich dazu in Form einer Resolution äussern zu wollen, jedoch können wir die darin formulierten Forderungen nicht unterstützen. Eine Forderung der Resolution ist, dass die Universität und die Regierung keinen Dialog mit Besetzenden allgemein führen. Dies als Grundsatz festzuhalten, können und wollen wir auch nicht befürworten. Auch möchten die Unterstützer:innen der Resolutions Besetzungen so rasch wie möglich geräumt sehen. Das ist unserer Meinung nach ein falscher Fokus. Eine friedliche Lösung



zu finden, müsste immer das primäre Ziel sein. Amnesty International weist auch daraufhin, dass laut Rechtsprechung vor jeder Räumung einer Hausbesetzung eine Interessenabwägung vorzunehmen ist. Dies gilt erst recht bei einer Universität, denn sie ist ein der Öffentlichkeit zugänglicher Ort und Raum, in welchem öffentliche Diskurse und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse stattfinden sollen.

Aus diesen Gründen unterstützt die SP-Fraktion die Resolution nicht. Dennoch ist es wichtig, hier eine klare Haltung zu haben und zu zeigen. Unsere Haltung ist immer für die Menschlichkeit und für den Frieden. Wir solidarisieren uns mit den Opfern von Krieg und Terror. Von Rassismus und Antisemitismus distanzieren wir uns klar. In diesem Sinne haben wir auch gestern gemeinsam mit dem GAB ein Statement für differenzierten Dialog und gegen Antisemitismus und gegen Rassismus veröffentlicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion SVP spricht Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Die SVP-Fraktion hat schon im ersten Teil des Junis die Traktansierung dieser Resolution von David Jenny unterstützt, wir hätten dann selbstverständlich auch dem Text zugestimmt, wenn es zur Abstimmung gekommen wäre. Auch wir schliessen uns dem Dank von André Auderset an, dass er diese Resolution formuliert hat. Tatsächlich ist es so, wie Michela Seggiani gesagt hat, wer diese Resolution heute nicht unterstützt, ist nicht schuldig, Antisemitismus zu unterstützen. Das würde ich wirklich auch weit von mir weisen, wenn das heute jemand im Anschluss behaupten würde.

Aber Michela Seggiani, diesen Schuh müssen Sie sich trotzdem anziehen, ich habe ein wenig Mühe damit, wenn Sie sagen, es brauche eine differenzierte Haltung. Ich kann diese differenzierte Haltung in verschiedenen Punkten nachvollziehen, aber nicht, wenn bei einer illegalen Sympathisanten der Hamas anwesend sind. Es ist keine propalästinensische Besetzung gewesen, das ist ein Narrativ, das ich weit von mir weise. Das war eine Unterstützungsbesetzung der Hamas, eine Terrororganisation, die in verschiedenen Ländern verboten ist, die am 7. Oktober Israel, einen souveränen Staat angegriffen hat und über 1000 Menschen getötet hat, Kinder verschleppt hat, Frauen vergewaltigt hat, auf schändlichste Menschen verunstaltet hat und Menschen für das Leben lang traumatisiert hat. Das ist die Ausgangslage dieses Konflikts in Israel. Es ist kein Angriff Israels davor gewesen, der diesen Terroranschlag auf Israel in irgendeiner Art und Weise legitimiert und gerechtfertigt hat.

Und deshalb finde ich es auch sehr schwierig, wenn von der linken Seite im Zusammenhang mit diesem 7. Oktober immer von einer Differenzierung des Konflikts gesprochen werden soll. Wo differenzieren Sie dann den Konflikt in der Ukraine? Da gibt es auch nichts zu differenzieren. Die Ukraine wurde von Russland angegriffen und es gilt, den russischen Aggressor zu stoppen und den Krieg zu beenden. Dafür braucht es auch keine Verhandlungen. Es braucht einen Sieg der Ukraine. Und genau so ist es bei diesem Angriff der Hamas auf Israel. Es gibt keine Differenzierung in diesem Leid, und deshalb verstehe ich auch nicht, weshalb man sich nun hinter diese von David Jenny sehr moderat formulierte Resolution nicht stellen kann. Denn tatsächlich ist es so, an dieser Besetzung wurde nicht nur die Sympathie mit den Terroristen der Hamas ausgesprochen, sondern es wurden auch antisemitische Parolen skandiert. From the River to the Sea, Palestine will be free antisemitisch konnotiert. Wenn Sie die gleichen Leute haben, die behaupten, Israel würde einen Genozid an Palästinensern verüben, das ist tief verankerter Antisemitismus. Das erinnert an die gleichen Leute, die an die Universität Basel vor einigen Monaten im Fachbereich Urban Studies untersucht haben, ob Israel mit Wildschweinen gezielt auf Palästina und auf die palästinensischen Gebiete, auf die palästinensische Bevölkerung losgeht. Wer das nicht klar verurteilt – und damit meine ich nicht Sie, sondern diejenigen, die bei den Besetzungen dabei waren – macht sich zumindest zu einem Helfershelfer der Hamas-Terroristen. Und das ist aus meiner Sicht etwas, was nicht geht.

Deshalb ist es auch gut, dass wir diesen Resolutionstext vor uns liegen haben, der sowohl an die Universität Basel adressiert ist aber auch an den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt. Wir wollen, dass klargestellt wird, dass Besetzungen, sei es im Zusammenhang mit diesem Konflikt oder mit einem anderen Konflikt, der auf der Welt irgendwo herrschen kann, in keinem Fall gerechtfertigt ist. Die Universität ist nicht der Ort für eine solche Besetzung. Und hier muss sich auch die Universität die Frage und die Kritik gefallen lassen, adäquat gehandelt zu haben. Ich bleibe bei meiner Grundkritik vom Juni, dass die Rektorin, das Rektorat, die Universitätsleitung nicht adäquat gehandelt hat mit dem Festsetzen von Ultimaten, die dann nicht eingehalten worden und verlängert worden sind. Das ist aus unserer Sicht, aus Sicht der SVP-Fraktion ein absolutes Ünding, es hätte bereits nach Ablauf des ersten Ultimatums geräumt werden müssen, auch um ein Signal auszusenden an all jene Studentinnen und Studenten, die sich dafür eben nicht eingesetzt haben, dass es zu einer solchen Besetzung kommt, die wie beispielsweise die jüdischen Studentinnen und Studenten seit Monaten offenbar an der Universität bedroht sind, sich unsicher und unwohl fühlen, und das gilt es auch zu respektieren und zu anerkennen. Und diese Resolution soll dazu auch einen Beitrag leisten, dass sich auch jüdische Studentinnen und Studenten an der Universität Basel wieder sicherer fühlen können, auch wenn diese Resolution letztlich symbolisch ist. Sie ist trotzdem eben auch ein Zeichen an diese jüdischen Studentinnen und Studenten und an all jene Studenten und Studentinnen, die sich eben nicht mit diesen Besetzungen solidarisiert haben und sich sogar in ihrem Studienleben gestört gefühlt haben.



Ich glaube, es ist auch gut, dass wir mit dieser Resolution ein Zeichen setzen und ein starkes Votum an die Adresse des Regierungsrates aussenden, dass er die Abläufe bezüglich Räumungen gemeinsam mit der Universität, aber auch dort, wo der Kanton an sich Eigentümer der Liegenschaft ist, so festlegt, dass Räumungen möglichst rasch nach einer erfolgten Besetzung erfolgen. Das ist, zumindest wenn man diesen Fall an der Universität Basel von aussen anschaut, nicht sehr klar gewesen. Es hat ja nicht nur eine Besetzung, sondern mehrere Besetzungen gegeben und zumindest bei der zweiten Besetzung habe ich dann die Haltung der Universität gar nicht mehr verstanden, die gesagt hat, dass diese Liegenschaft ihr ja gar nicht gehöre, sie sei nur Mieterin, hier müsse der Regierungsrat, hier müsse der Kanton handeln. Wenn ich als Mieter in meiner Wohnung eine illegale Besetzung habe, muss ich nicht zuerst meinen Vermieter fragen, ob allenfalls dann irgendwann geräumt werden kann. Dann mache ich das umgehend, dann veranlasse ich das umgehend, hierfür brauche ich keine Bewilligung eines Eigentümers der Liegenschaft. Ich miete sie ja und mit der Miete dieser Liegenschaft habe ich auch gewisse Rechte, die damit einhergehen. Deshalb finde ich auch die Haltung der Universität zumindest etwas auf Baseldeutsch gesagt «gspässig».

Deshalb ist es gut, können wir heute diese Resolution verabschieden. Ich hoffe, die Resolution findet trotzdem die Zweidrittelmehrheit. Sie könnten heute als linke Parteien ein sehr starkes Signal aussenden, dass Sie mit uns gemeinsam solche Besetzungen nicht dulden wollen und auch mit uns gemeinsam aufzeigen, dass eben die Universität als Institution auch eine gewisse Neutralität und Unabhängigkeit sich bewahren muss und auch bewahren soll und auch in Zukunft bleiben soll, ein neutraler Ort, wo sich alle Studentinnen und Studenten wohlfühlen können, auch jüdische Studentinnen und Studenten.

Deshalb bitte ich Sie, diese Resolution hier zu unterstützen. Auch wenn Sie es nicht tun, ist mir klar, dass sie nicht Antisemiten sind, aber es wäre stark, wenn wir heute als Grosser Rat gemeinsam dieses Signal aussenden könnten. Bitte stimmen Sie deshalb dieser Resolution zu.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zum Sprecher für die EVP Thomas Widmer Huber.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Von Eeiten der Mitte EVP-Fraktion unterstützen wir, dass Ende Mai die Besetzung der Uni auf Antrag der Unileitung durch die Polizei aufgelöst wurde. Dialog ist wichtig bei umstrittenen Themen. Demonstrationen sind natürlich legitim, solange sie friedlich sind, nicht antisemitisch und solange nicht From the River to Sea sie skandiert wird. Aber Besetzungen? Das geht gar nicht. Besetzungen überschreiten die rote Linie, denn hier handelt es sich um Hausfriedensbruch, verbunden mit einer Nötigung, da man mit illegalen Mitteln den Dialog erzwingen wollte.

Es gibt andere, legale Möglichkeiten, den Dialog in Gang zu bringen. Im Blick haben wir auch die Studierenden, insbesondere aus der jüdischen Glaubensgemeinschaft. Auch jüdische Studierende sollen unbeschwert studieren und forschen dürfen. Wie in der Resolution erwähnt, sorgen wir uns um den Schutz ihrer Würde. Ausserdem wird ein Boykott der israelischen Universitäten, wie es die Besetzerinnen und Besetzer forderten, nicht nur die israelischen, sondern auch die vielen arabischen Studentinnen und Studenten bestrafen. Zudem ist ein Boykott von Bildung und Forschung kein adäquates Mittel, um einen Krieg zu beenden. Soweit zu diesem Punkt. Aber letztlich geht es einfach um die Frage, wie wir mit Besetzungen umgehen. Und da ist es für uns klar, Besetzungen überschreiten die rote Linie.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an Harald Friedl für das GAB.

Harald Friedl (GAB): Ich beginne mein Votum zu dieser vorliegenden Resolution gleich mit einem Zitat aus der GO: «Jedes Mitglied oder eine ständige Kommission hat das Recht, eine Stellungnahme des Grossen Rates in der Form einer Resolution zu beantragen. Eine Resolution kann nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen gefasst werden.» Das steht in § 54 der Geschäftsordnung, also unserer Gesetzgebung.

Für mich sind in diesem Paragraphen zwei Aussagen zentral: Erstens, mit einer Resolution wird eine Stellungnahme des Grossen Rates geäussert, und sie ist kein Instrument, um Aufträge zu erteilen. Und zweitens, weil es sich um eine Stellungnahme des Grossen Rates handelt, also um den gesamten Grossen Rat, ist auch das Quorum mit zwei Dritteln besonders hoch. Beides hatte man schon gewusst

Die Entstehungsgeschichte der vorliegenden Resolution war unglücklich, und wir in der letzten Grossratssession darauf hingewiesen, dass wir ungenügend in den Entstehungsprozess des Textes involviert waren. Aber damit war es noch nicht gegessen. Es ging eben in der gleichen Art und Weise weiter. Auf die Kritik, dass wir es nicht bei uns in der Fraktionssitzung diskutieren konnten, wurde zwar reagiert, dass aber die unveränderte Resolution ein zweites Mal eingereicht wird, erfuhren wir aus den Medien. Unterzeichnet ist aber die Resolution von allen Fraktionen der GLP bis zur SVP. Die SP-Fraktion und das GAB fehlen und wurden auch nicht involviert. Und das, obwohl klar ist, dass es ein Zweidrittelmehr braucht, um eine Resolution zu überweisen. Ich lasse das Mal so im Raum stehen.



Wir haben die Resolution an unserer letzten Fraktionssitzung von diesem Montag intensiv diskutiert und ich kann Ihnen versichern, sie hat einen grossen Raum eingenommen in unserer Sitzung. Wir haben sie sehr ernst genommen und wir haben uns differenziert mit dem Inhalt auseinandergesetzt. Sie haben auch mitbekommen, dass die SP und des GAB gestern eine Medienmitteilung veröffentlicht haben, in der wir auch darlegen, was uns stört an dieser Resolution.

Wir kamen an der Fraktionssitzung vom Montag zum Schluss, dass es eben diese Resolution in dieser Form nicht braucht und wir sie auch nicht unterstützen wollen. Denn wir sind der Meinung, dass die Unileitung nicht unter dem Druck der Politik entscheidend soll, wie sie mit Besetzungen oder mit Sicherheitsproblemen umgehen soll. Ich fand es spannend vorhin, beim GPK-Rechenschaftsbericht hat Joël Thüring darauf hingewiesen, dass wir als Grosser Rat nicht ins Operative bei der Polizei eingreifen sollten. Ich könnte hier das gleiche Argument ebenso bringen.

Die Uni hat versucht, den Dialog zu führen, um über die Beweggründe der Besetzer:innen Klarheit zu gewinnen. Diese Versuche scheiterten, das wissen wir alle. Es wurde ein Ultimatum gesetzt und als das Ultimatum verstrichen war, wurde geräumt. Das Vorgehen der Uni liegt, wie schon gesagt, in ihrem Ermessen und ihre Entscheide waren für uns auch nachvollziehbar. Ich mag nicht daran denken, eine sofortige Räumung hätte auch eine Solidarisierung mit diesen antisemitischen Kräften bewirken können, und ich denke, es musste in der Situation entschieden werden, eine Abwägung gemacht werden, welches das richtige Vorgehen ist. Und da finden wir die Forderungen der Resolution zu strikt, indem sie von vornherein sagt, dass die Uni überhaupt nichts dulden darf, egal, was es auslösen könnte, egal, welches die Reaktionen oder Resultate daraus sein könnten.

Wir vertreten nach wie vor die Meinung, dass die freie Meinungsäusserung unterschätzt werden muss. Wie möchten auch darauf hinweisen, dass weltweit im Moment sehr viele Demonstrationen, Meinungsäusserungen stattfinden zur Situation im Nahen Osten. Wir sehen das auch mit grosser Besorgnis. Wir müssen aber auch darauf hinweisen, dass es auch legitime Formen der freien Meinungsäusserung gibt, selbst in Israel wird demonstriert gegen die Politik der Regierung. Wenn aber Meinungsäusserungen missbraucht werden und gesetzeswidrige Inhalte verbreitet werden oder wenn Gewalt angewendet wird, so soll und muss durchgegriffen werden. Da sind wir uns, glaube ich, alle einig. Dazu braucht es aber, das habe ich vorhin schon erwähnt, in unseren Augen auch eine Einzelfallprüfung, und man kann nicht einfach von vornherein sagen, dass das das richtige Mittel sei, um gegen diese Situation vorzugehen. Eine vorausgehende Doktrin, alle Besetzungen sofort und ohne Dialog zu räumen, geht in unseren Augen zu weit.

Zuletzt fragen wir uns auch, was denn die Resolution eigentlich bezwecken soll. David Jenny hat darauf hingewiesen, dass er nicht die Vergangenheit anschauen will, sondern in die Zukunft schauen will. Joël Thüring hat jetzt aber gesagt und hat vor allem darauf hingewiesen, was da passiert ist bei dieser Besetzung und was die Inhalte waren, die wir auch nicht teilen. Wir sind alle frei, bei einer solchen Situation uns zu äussern. Es wurde auch rege gemacht in den sozialen Medien, es wurden Interpellationen eingereicht. Das finden wir gut. Wir haben uns auch ganz klar geäussert, auch gestern in der Medienmitteilung, auch von unserer Seite gab es Tweets, die sehr sehr deutlich waren und das überhaupt nicht unterstützt haben, was dort passierte.

Wir sind aber auch der Meinung, dass solche Vorkommnisse eben nicht einfach tel quel in die Zukunft extrapoliert werden dürfen und daraus eine Doktrin entstehen darf, in Zukunft immer so zu reagieren. Das finden wir einen falschen Weg. Ich bin auch dankbar um das Votum von Joël Thüring, dass nicht alle, die es ablehnen werden, in den Topf der Antisemiten geworfen werden würden. Danke für das klare Votum. Ich distanziere mich mit aller Deutlichkeit davon, ein Antisemit zu sein oder antisemitisches Gedankengut mitzutragen. Daher glaube ich, habe ich jetzt begründet, warum das GAB hier dieser Resolution nicht zustimmen wird. Einzelne Mitglieder werden sich enthalten, aber sie werden, so viel ich weiss, dieser Resolution auch nicht zustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Johannes Sieber an? Sie wird angenommen.

Johannes Sieber (GLP): Sie haben gesagt, dass es die Resolution in dieser Form nicht braucht. Wäre es nicht Ausdruck eines differenzierten Dialogs, spätestens jetzt mit Änderungsanträgen auf eine stimmige Reform dieser Resolution hinzuwirken?

Harald Friedl (GAB): Das wäre eine Möglichkeit gewesen, aber wie schon gesagt, Dialog geht immer in beide Richtungen. Wir fühlten uns nicht wirklich eingeladen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit spricht Claudia Baumgartner für die GLP.



Claudia Baumgartner (GLP): Das Grundrecht der Meinungsäusserungsfreiheit, da sind wir uns alle einig, ist ein selbstverständliches Gut in jeder demokratischen Gesellschaft, oder sollte es zumindest sein, und kann gerade in der heutigen Zeit der zunehmenden Ideologisierung und Radikalisierung sowie der beängstigenden Mundtodmacherei in vielen despotischen Staaten nicht hoch genug gehalten werden. Unterschiedlichste Meinungen sollen im Sinne einer diversen und dadurch auch gestärkten Gemeinschaft, wir kennen dieses wortwörtlich im Zusammenhang mit der Biodiversität, ihren Platz haben und auch Minoritäten ein Recht auf Chancengerechtigkeit und Teilhabe erfahren. Dafür setzen wir Grünliberale uns regelmässig ein, wie etwa unsere Haltung zum kantonalen Partizipationsgesetz, zum Gleichstellungsgesetz oder jetzt dann morgen aktuell zum Ausländerstimmrecht zeigt.

Wo aber die Meinungsäusserungsfreiheit aus unserer Sicht ganz klar ihre Grenzen hat, ist dort, wo die Rechte anderer dadurch unrechtmässig verletzt werden, so geschehen am 13. Mai im Bernoullianum unserer Universität. Sogenannt propalästinensische Personen besetzten das Gebäude und verhinderten dadurch den ordentlichen wissenschaftlichen Betrieb. Auch wurde von eingeschüchterten Studierenden und vergeblich vermittelnden Lehrpersonen berichtet. Ein Dialog ausserhalb der Okkupation, die mit klaren politischen Forderungen an die Universität gelangte, scheiterte an der Bereitschaft der Besetzenden. Schliesslich gelang mit Unterstützung der Polizei zwei Tage später die Auflösung der illegalen Aktion. Über die Politik weltweit und aktuell im Nahen Osten darf und soll selbstverständlich auch und insbesondere im Rahmen eines universitären Betriebs diskutiert werden und Dialogbereitschaft gerade auch im akademischen Bereich von allen Beteiligten jederzeit unbedingt vorhanden sein. Aber bitte nicht in nötiger Manier, ist die eigene menschliche und politische Verzweiflung auch noch so gross.

Insofern können wir Grünliberalen die Forderung dieser Resolution klar unterstützen. Und als Juristin möchte ich sagen, wenn man den Text der Resolution jetzt nochmals liest, in dem es ja auch vor allem um diese Dialogbereitschaft geht und darum, ob sie nun vorhanden ist oder nicht, also wenn ich lese, dass die Uni und die Regierung erklären sollen, dass sie nicht bereit sind, auf Grund von Besetzungen in einen Dialog mit Besetzenden über Forderungen aller Art zu treten, ist für mich eigentlich sonnenklar: Wenn illegal etwas besetzt wird und man nicht bereit ist, den Dialog ausserhalb dieser illegalen Aktion zu suchen, dann finde ich es wirklich etwas schwierig und selbstverständlich überall sonst sind wir bereit, man muss immer bereit sein, Dialogbereitschaft ist auf jeden Fall immer zu gewähren, aber bitte nicht mit unrechtmässigem Druck.

Ja, wir geben zu dieser Resolution trotz unseres inhaltlichen Einverständnis einfach noch Folgendes zu bedenken: Erstens war diese Situation wohl für die meisten involvierten Gremien eine erstmalige Herausforderung dieser Art, und im Nachhinein ist man meistens klüger als in einer kritischen und komplett neuen Situation. Und wir wissen nicht im Detail, was sich alles konkret ereignet hat, welche Haltung die Unileitung während der zweitägigen Besetzung selber einnahm und welche Schritte sie neben der erfolglosen Vermittlungstätigkeit ebenso erfolglos einzuleiten versuchte. Gerade angesichts des aktuellen Personal mangels bei der Polizei ist etwa nicht auszuschliessen, dass das entsprechende Aufgebot seine Aufgabe nicht, beziehungsweise nur verzögert vollständig wahrnehmen konnte. Zweitens sind wir trotz unseres inhaltlichen Einverständnisses zu den Forderungen der Resolution klar der Ansicht, dass die operative Verantwortung für den universitären Betrieb bei den entsprechenden Leitungsgremien und nicht beim Parlament liegt und wir entsprechend auch unser Vertrauen geben sollen. Es ist mit Sicherheit davon auszugehen, dass die verantwortlichen Leitungsgremien bereits ein Debriefing durchgeführt und erste Massnahmen definiert oder bereits umgesetzt haben, sei dies zur Aufarbeitung der aktuellen Besetzung, sei es für allfällige zukünftige Ereignisse.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Einzelsprechenden, und da hat sich Tonja Zürcher gemeldet.

Tonja Zürcher (GAB): Wir sind alle betroffen vom Terror, dem Krieg, dem Hunger und der willkürlichen Gewalt im Nahen Osten. Es werden in unserer Stadt, in unserer Region leere Stühle mit den Bildern der Opfer, der Geiseln aufgestellt, um auf ihr menschliches Schicksal aufmerksam zu machen. Es werden Peace-Fahnen aufgehängt, es wird demonstriert, es gibt vielfältige Gesprächsabende, Podien, Diskussionsabende und Filmvorführungen zum Thema, und es wurde auch die Uni besetzt. All diese Aktivitäten sind Ausdruck einer grossen Ohnmacht und Verzweiflung angesichts dem Schrecken im Nahen Osten.

Wir wissen alle, dass weder eine Unibesetzung noch leere Stühle oder Peace-Fahnen einen direkten Einfluss auf den Krieg, auf das Töten, auf das Hungern oder generell die Situation im Nahen Osten und das Leben der Geiseln haben. Das ist unglaublich schwer auszuhalten. Trotzdem ist es wichtig, dass diese Sorgen geäussert werden können. Diese Aktivitäten sind Zeichen davon, dass es uns eben nicht egal ist, was passiert, dass wir mitleiden und dass wir wollen, dass die Gewalt und das Leid aufhört. Wenn wir eine Chance auf Frieden und ein Ende der Gewalt haben wollen oder nützen wollen, dann geht das nur, wenn wir trotz dem Schmerz und der Ohnmacht, die wir dabei empfinden, hinschauen und unsere Solidarität mit allen Menschen ausdrücken, die in Israel und in Palästina leiden, und jene Menschen unterstützen, die sich in Israel und Palästina für einen Frieden einsetzen und aktuell zu Zehntausenden auf die Strasse gehen.

Mir war wichtig, das hier nochmals klarzustellen, weil es wird hier über ganz vieles geredet, nur nicht über das, worum es eigentlich geht. Diese Resolution macht das Gegenteil von Solidarität, sie macht das Gegenteil von Hinschauen. Anstatt auf



Menschlichkeit setzt sie auf ein Schwarzweissdenken, auf eine generellen Dialogverweigerung und auf Repression. Das bringt nur eines, eine weitere Spaltung unserer Gesellschaft, als hätten wir davon nicht schon genug.

Ich möchte zum Abschluss noch ganz kurz aus dem Leitbild der Universität zitieren: «Sowohl innerhalb der Universität als auch gegenüber unseren Partnerinnen und Partnern setzen wir auf eine Kultur des Dialogs, der Wertschätzung, des Respekts und der Toleranz.» Das wünsche ich mir auch für unsere Gesellschaft und auch für unsere Politik. Ich bitte Sie deshalb, diese Resolution abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für ein Votum als Einzelsprecher hat sich David Jenny nochmals gemeldet.

David Jenny (FDP): Wir haben vom GAB jetzt zwei sehr unterschiedliche Voten gehört. Harald Friedl war wieder so formalistisch wie es nur gehen kann und er hat gesagt, die linke Fast-Ratshälfte habe nichts gewusst von der Wiedereinreichung. Ich war in Kontakt mit Michela Seggiani, die mir signalisiert hat, dass die SP die Traktandierung, nicht die Resolution, unterstützen werde, und ich bin naiv davon ausgegangen, es würden kommunizierende Röhren zwischen der SP und dem GAB bestehen. Das hat bei der eine Medienmitteilung, die mir auch nicht persönlich zugestellt wurde, stattgefunden. Aber mindestens bezüglich der SP trifft dieser Vorwurf nicht zu. Es gab auch Medienberichte darüber, dass ich wieder einreiche. Sie kommunizieren ja auch über Medienmitteilungen. Und ich habe auch signalisiert, ich bin nicht empfänglich für Formulierungsänderungen, die dann die Resolution in das Gegenteil verändern, aber für konstruktive Beiträge bin ich durchaus offen. Mir wurde quasi von der eigenen nicht ganz Ratshälfte vorgeworfen, die Formulierung «Räumung so rasch als möglich», sagt zu schwammig. Ich habe bewusst so rasch als möglich gesagt, das ist sowohl rechtlich wie faktisch wie unter Abwägung der Umstände möglich. Wenn jetzt da ein oder zwei Worte noch hinzugefügt worden wären, dann hätten wir darüber reden können.

Zu René Brigger: Ich habe jetzt doch nochmals bei mir nachgelesen, aber ich sage Eigentum der Universität Basel, das ist ein Teil des Kantons Basel-Stadt respektive der Einwohnergemeinde Basel. Also ich glaube doch im zweiten Umgang, dass sei juristisch korrekt formuliert und auch hier hätte ich Änderungsvorschläge von Kollege René Brigger aufgenommen.

Tonja Zürcher hat verdienstvollerweise inhaltlich argumentiert. Sie hat verschiedene Möglichkeiten der Kommunikation in diesen schwierigen Zeiten aufgezählt, sie hat aber mit keinem Wort begründet, warum all diese legalen Kommunikationsformen ergänzt werden müssen durch eine illegale Form. Es ist nicht rechtmässig, da geht es nicht um Dialog. Wir haben alle möglichen rechtmässigen Mittel. Das hat auch Claudia Baumgartner gesagt. Diese sollen ergriffen werden und ich glaube, das ist der Respekt, indem beide Seiten eben rechtmässig aufeinander zugehen. Und ich bitte Sie wirklich, dieser Resolution zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher kommt Pascal Messerli an die Reihe.

Pascal Messerli (SVP): Ich wollte mich eigentlich nicht äussern, aber ich bin trotzdem noch über zwei Worte gestolpert, die man so einfach nicht stehenlassen kann, die Worte Meinungsfreiheit und das Wort Dialog. In welcher Form ist es bitte Meinungsfreiheit, wenn man auf illegale Art und Weise Gebäude besetzt? Das hat doch mit Meinungsfreiheit nichts zu tun. Hören Sie doch auf, hier irgendwelche Begriffe in den Raum zu werfen, die hier einfach überhaupt nicht realistisch sind und auch mit dieser Debatte irgendetwas zu tun haben. Meinungsfreiheit ist, dass man seine Meinung äussern darf auf legale Art und Weise, auch die Meinungsfreiheit kann grundrechtlich eingeschränkt werden, aber eine Besetzung hat sicherlich nichts mit Meinungsfreiheit zu tun.

Und der zweite Punkt ist Dialog. Ja, meine Damen und Herren, die Besetzer wollten ja effektiv keinen Dialog. Die Uni hat den Dialog gesucht. Der Dialog wurde abgelehnt und Sie kommen jetzt wieder, man soll den Dialog suchen, was denn für einen Dialog, den sie ja gar nicht führen wollen? Ich finde es ja dann schon auch spannend. Also Sie reden von Dialog und Meinungsfreiheit. Würden Sie dann diese gleiche Meinung hier vor dem Pult vertreten, wenn die junge Tat, welche mir jetzt auch nicht sympathisch ist, hier ein Universitätsgebäude besetzen würde und Remigration fordern würde? Würden Sie dann auch sagen: ja, das ist Meinungsfreiheit, wir müssen jetzt den Dialog suchen? Ich glaube Ihnen kein Wort, dass sie dann genau die gleichen Worte benutzen würden wie heute, und das ist eben das nicht Konsequente.

Ich bin auch gegen jede Form von Extremismus von links und von rechts und da muss man aber auch etwas tun. Was aber in den letzten Monaten der Fall war, waren reine Lippenbekenntnisse im Kampf gegen Antisemitismus. Man hat gesagt, ja, man setzt ein Zeichen und hat freundlicherweise auch meine Resolution von damals unterstützt, wo ich auch sehr dankbar war, aber dann ist nichts mehr weiter passiert. Der Judenhass auf den Strassen explodiert. Keinen scheint es irgendwie zu interessieren, wenn an Demonstrationen gerufen wird From the River to the Sea, es hat keine Konsequenzen, wenn an der Uni behauptet wird, Israel würde Palästina mit Wildschweinen angreifen, keine Konsequenzen, wenn die Uni illegal besetzt wird, keine Konsequenzen. Ja was wollen Sie dann? Wollen Sie Antisemitismus wirklich bekämpfen oder wollen Sie jetzt nur



Lippenbekenntnisse? Irgendwann müssen Sie auch Farbe bekennen und irgendwann müssen Sie hier auch zeigen, wofür Sie einstehen.

Und vielleicht auch noch einmal zum Dialog. Ich möchte hier schon noch einmal festhalten, es waren vielleicht 40 Leute, welche die Universität besetzt haben oder mehrere Gebäude der Universität. Ein Teil davon waren nicht einmal Studentinnen und Studenten. Über 12'000 Studierende hatten Prüfungen, die wollten hier nicht, dass die Universität besetzt wird. Es gab auch jüdische Studierende, welche verängstigt waren. Ja wird denn mit diesen Menschen der Dialog gesucht? Hat man diese Menschen einmal gefragt, ob sie diese illegalen Besetzungen toll finden oder nicht?

Hier fehlt mir doch einfach auch, dass man auf auf diese Menschen eingeht, diese grosse Masse, diese grosse Mehrheit, welche eben genau diese antisemitischen Parolen nicht will, welche diese Besetzung nicht will und hier müssen wir uns doch einfach auch als Grosser Rat, als Parlament für diese Menschen einsetzen, für den Rechtsstaat einsetzen. Und genau dazu dient diese Resolution und deshalb bitte ich Sie auch, diese Resolution zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Beda Baumgartner möchte Ihnen eine Frage stellen. Sie wird angenommen.

Beda Baumgartner (SP): Finden Sie es nicht unglaublich zynisch, dass Ihre nationale Partei als einzige Fraktion im Bundeshaus gegen eine Strategie zur Antisemitismusbekämpfung gestimmt hat und Sie sich hier herausnehmen, so eine Position zu vertreten?

Pascal Messerli (SVP): Meine Positionen sind seit Jahren transparent und dazu kann ich auch stehen. Dementsprechend finde ich es nicht zynisch, ich finde Ihre Haltung zu dieser Resolution sehr zynisch.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Warum hat es so lange gedauert, bis die Polizei kam? Besetzt sonst jemand etwas, kommt die Polizei auch. Die Polizei hat versagt. Zweistaatenlösung...

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das geht zu weit und Sie haben schon 20 Sekunden gesprochen.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin Wahlbeobachter in Belarus, dort würden alle weggesperrt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es tut nichts zur Sache, ich erteile Ihnen einen ersten Ordnungsruf.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): Anfang Juni habe ich anlässlich des Anzugs Bruno Lötscher den selbigen gefragt, ob die Welt noch mehr Anwälte brauche. Er hat mir geantwortet: Nein, es braucht bessere. Als ich diese Resolution zum ersten Mal gelesen habe, dachte ich ja, er hat vielleicht recht. Dass eine Resolution von diesem Hohen Haus verabschiedet werden soll, die auf rechtlich so dünnem Eis ist, das finde ich ehrlich gesagt etwas empörend, das muss selbst ich zugeben, der ich nicht Jurisprudenz studiert habe.

Natürlich haben Sie recht, es gibt verschiedene Rechtsgüter, die abgewogen werden müssen. Dazu gibt es auch Bundesgerichtsentscheide. Sie haben zum Beispiel die Nötigung, die Sie hier vielleicht geltend machen können, aber das ist nicht der Grosse Rat, der dies entscheiden muss, vielmehr müsste das ein Gericht tun, das das vielleicht in einer Güterabwägung feststellen kann. Es ist einfach anmassend, wenn der Grosse Rat hier eine Beschneidung der Meinungsäusserungsfreiheit fordert. Wir reden hier ja immer ex post, die Resolution fordert vorausschauend, etwas nicht zu dulden. Wenn von der anderen Seite eine Besetzung käme, dann wären wahrscheinlich alle einverstanden und würden sagen, das darf nicht passieren. Aber das muss zuerst eine Einzelfallprüfung geben und dann muss eingeschritten werden. Mein Eindruck ist, dass die Uni genau das gemacht hat und dass sie in diesem Sinne auch richtig gehandelt hat. Man kann nicht per se etwas verbieten.



Wir müssen auch daran denken, wenn die Junge SVP vom Russia today gefilmt wird, welches dann die Position weiterverbreitet würden, und wenn jetzt das umgekehrt passieren würde und die Positionen der Besetzenden von einem katarischen Sender weiterverbreitet werden würden, dann würde das nicht gehen, da gehe ich mit Ihnen hier einig, aber das muss eine Güterabwägung sein und das kann nicht der Grosse Rat hier postulieren, dass man das einfach nicht will.

Die Grundproblematik hier aus meiner Sicht ist, dass wir einen Konflikt haben, der extrem aufgeladen ist, und nicht nur hier, sondern weltweit. Wir haben hier auch eine jüdische Gemeinschaft, die schutzbedürftig ist und die auch diesen Schutz in Anspruch nehmen können muss. Wir müssen hier alles dafür tun, dass das passiert. In diesem Sinne finde ich persönlich es richtig gefunden, dass man diese Resolution überarbeitet. Man hätte zum Beispiel herausstreichen können die Formulierung palästinensische Terrororganisationen. Die Hamas ist keine palästinensische Organisation, die Führer sitzen bequem in irgendwelchen Staaten, währenddem die Menschen, die wirklich in Palästina oder die in Gaza sind, leiden. Die meisten Menschen gehören nicht zu dieser Organisation, sie identifizieren sich nicht mit dieser Organisation. Und dass diese dann auch so geframet werden in der Resolution, finde ich schwierig. Und auch dass der Schutz der jüdischen Gemeinschaft nicht stärker zur Geltung kommt, ist aus meiner Sicht ein Fehler. Ebenso die fehlende Interessenabwägung.

Wenn wir es mit so einem wichtigem Instrument wie der Resolution zu tun haben bei einem Thema, das solche Gräben in unserer Gesellschaft aufwirft, ist es meine feste Ansicht, dass es dann wichtig wäre, dass der Grosse Rat auch diese Gräben zuschüttet. Da muss ich halt auch David Jenny Recht geben. Es hätte hier einen Dialog gebraucht, es hätte ein Brückenbaum gebraucht, und ich finde es schade, dass das auch von unserer Seite, es war wahrscheinlich gegenseitig, nicht stattgefunden hat. Deswegen wird sich ein Teil der Grünen hier enthalten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie nehmen die Zwischenfrage von David Jenny an.

David Jenny (FDP): Ich äussere mich nicht zu Ihrer Einschätzung meiner juristischen Fähigkeiten, aber in der Resolution, auf die ich Bezug nehme, eingehend unserer Resolutionstextes, den wir verabschiedet haben, haben wir gesagt, dass der schrecklicher Krieg gegen Israel von der palästinensischen Terrororganisation Hamas ausgelöst wurde. Warum haben Sie nicht damals gegen diese Formulierung Einspruch erhoben?

Oliver Thommen (GAB): Das hätte ich sehr gerne gemacht, denn ich war mal in Gaza und die Menschen dort tun mir leid.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung. Für die Verabschiedung der Resolution braucht es, wie schon erwähnt, ein Zweidrittelmehr.

2/3-Abstimmung

JA heisst Verabschiedung der Resolution, NEIN heisst keine Verabschiedung.

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 40 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003768, 26.06.24 17:24:40]

Der Grosse Rat beschliesst

die Resolution wird nicht verabschiedet.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich glaube, ich rechne richtig, wenn ich sage, dass das erforderliche Zweidrittelmehr nicht erreicht wurde. Es gibt 50 Ja-Stimmen, 40 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen. Das Geschäft ist erledigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte bleiben Sie anwesend. Es liegt ein Ordnungsantrag vor von Luca Urgese auf Verschiebung des Traktandums 6, Ausgabenbewilligung für die Verlängerung der Leistungsvereinbarung mit der Basler Personenschiffahrt AG auf morgen, 15 Uhr. Der Ordnungsantragsteller möchte begründen, er hat drei Minuten.



Luca Urgese (FDP): Bitte entschuldigen Sie diesen Antrag. Sie haben einen Änderungsantrag auf dem Tisch, es geistern weitere Anträge herum, die heiss diskutiert werden. Ich glaube, wir alle und auch die Basler Personenschiffahrtsgesellschaft hat es verdient, dass wir das sorgfältig miteinander ausdiskutieren und uns da irgendwie einigen können. Diese Gespräche finden noch statt. Wir würden dem Geschäft nicht gerecht werden, wenn wir das nun in einer wahrscheinlich relativ chaotischen Debatte irgendwie miteinander ausmehrten würden.

Deshalb wären wir dankbar, wenn Sie uns noch ein bisschen Zeit geben bis morgen 15 Uhr, damit wir Zeit haben, das sauber miteinander auszudiskutieren. Danke, wenn Sie diesem Antrag stattgeben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen über diesen Ordnungsantrag ab.

Abstimmung

Terminierung Traktandum 6 am 27. Juni um 15:00 Uhr

JA heisst Zustimmung zur Terminierung, NEIN heisst Ablehnung der Terminierung.

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 1 Nein, 5 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003770, 26.06.24 17:26:54]

Der Grosse Rat beschliesst

Zustimmung zur Terminierung von Traktandum 6.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es braucht für diesen Entscheid ein Zweidrittelsmehr, weil es eine Änderung der Tagesordnung ist. Das Zweidrittelsmehr wurde erreicht. Wir haben 87 Ja-Stimmen, eine Nein-Stimme und 5 Enthaltungen. Damit wird Traktandum 6 auf morgen, 15 Uhr angesetzt.

5. Fristverlängerung kantonale Volksinitiative "für den Ausbau der separativen Angebote an der integrativen Schule Basel-Stadt (Förderklassen-Initiative)", Bericht der BKK

[26.06.24 17:27:24, 22.1303.04]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidentin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Ich habe dem schriftlichen Bericht der BKK nichts hinzuzufügen und beantrage Ihnen, ein weiteres Mal die Frist für die Behandlung der Initiative im Grossen Rat auf den 23. Oktober 2024 zu verlängern. Ich kann Ihnen versprechen, dass unser Bericht in den letzten Zügen ist und so schnell als möglich verschickt wird. Wir werden im September über die Initiative diskutieren können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Die Fraktionen und Einzelsprecher:innen ebenfalls. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 2 des Berichts

Titel und Ingress, einziger Absatz.

Publikationsklausel



Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0003773, 26.06.24 17:29:06]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung zur kantonalen Volksinitiative «für den Ausbau der separativen Angebote an der integrativen Schule Basel-Stadt (Förderklassen-Initiative)» wird bis zum 9. Februar 2025 verlängert.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss ist einstimmig angenommen mit 89 Ja-Stimmen.

7. **Areal Lindenhof (Lonza): Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Gebiet Areal Lindenhof (Lonza) Nauenstrasse, Lindenhofstrasse, Münchensteinerstrasse; Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 137, Bericht der BRK**

[26.06.24 17:29:19, 23.0840.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidenten Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Das Areal der Lonza liegt am Rand des Stadtzentrums von Basel, an einem wichtigen Knotenpunkt zwischen der Einfallachse von Osten und der Verbindungsachse City Gundeldingen. Das 1962 von Suter + Suter erbaute Hochhaus war lange Zeit das höchste Gebäude der Schweiz und ein bedeutender Merkpunkt in der Stadtlandschaft. Obwohl beim Bau eine weitere Überbauung vorgesehen war, wurde diese bis heute nicht realisiert, auch weil es zu hohen baulichen Anforderungen gekommen ist. Eine neue, zeitgemässe Interpretation des Orts ist nun aufgrund veränderter städtebaulicher und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen notwendig.

Die Lonza-Gruppe benötigt dringend mehr Büroinfrastruktur, da der Hauptsitz auf dem Lindenhofareal an seine Kapazitätsgrenzen stösst. Bereits 2017 mussten Abteilungen in externe Räumlichkeiten ausgelagert werden. Zusammen mit Swisslife plant Lonza das Areal zu einem gemischt genutzten Bereich mit urbanem Wohnen und Arbeitsplätzen zu entwickeln. Das Projekt Lindenhof Areal soll die Flexibilität für zukünftiges Wachstum bieten und Raum für ein modernes Arbeitsumfeld schaffen. Im Jahr 2012 führt die Lonza Group AG eine Testplanung durch, um die Überbaumöglichkeiten des bisher unternutzten Areal teils zu prüfen. Die Ziele der Testplanung umfassten Flexibilität der Nutzungsmöglichkeiten, städtebauliche und architektonische, Qualität sowie Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit. Die von Morger + Dettli Architekten vorgeschlagenen Zwillingshochhäuser erwiesen sich als Favorit und dienen als Grundlage für den vorliegenden neuen Bebauungsplan. Das bestehende Hochhaus wird dabei unter Denkmalschutz gesetzt.

Die BRK begrüsst die Entwicklungspläne von Lonza für das Lindenhofareal und sieht darin ein klares Bekenntnis zum Standort Basel. Das Projekt sieht eine attraktive Mischnutzung aus Wohnen und Arbeiten vor. Durch die teilweise Umwidmung zum Wohnen und die geplanten öffentlichen Nutzungen in den Erdgeschossen wird der Perimeter aufgewertet. Die hervorragende Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz und die Erreichbarkeit mit dem Auto und Fahrrad sind weitere Vorteile.

Die Verwaltung hat auf Wunsch der Eigentümerschaft das Verfahren beschleunigt, indem die Beratung und Verabschiedung des Bebauungsplans parallel zum Variationsverfahren stattfanden. Dies bringt jedoch das Risiko mit sich, dass tiefgehende Änderungen am Projekt schwierig umzusetzen sind. Die BRK unterstützt die Beschleunigung von Bauprojekten grundsätzlich, lehnt jedoch ab, ein solches Vorgehen als neuen Standard einzuführen.

Das Lindenhofareal umfasst etwa 12'000 m² und fällt somit nicht unter die Vorgaben des gefundenen Kompromisses zur kantonalen Volksinitiative «Basel baut Zukunft», die einen Automatismus für den Anteil an preisgünstigem Wohnraum für



Areale ab 15'000 m² vorsieht. In diesen Fällen legt die BRK beziehungsweise der Grosse Rat einzelfallbezogen den preisgünstigen Wohnraum fest. Die Öffnung des Areals zur Wohnnutzung und die Einbindung der Öffentlichkeit bieten eine Möglichkeit zur Steigerung der Lebensqualität im Stadtteil. Obwohl das Projekt vorwiegend als Wohnprojekt mit Arbeitsplätzen angesehen wird, wird es von der BRK als Gewinn für den Perimeter betrachtet, da es das Potenzial, hat den Status Quo signifikant zu verbessern. Es wird Boden entsiegelt, es werden neue Grünflächen geschaffen und durch publikumsorientierte Nutzungen in den Erdgeschossen einen Mehrwert für die Quartierbevölkerung erzielt.

In den Beratungen kam es zu mehreren Anträgen: Es wurde beantragt, dass innerhalb des Bebauungsplansperimeters mindestens 30 Prozent des realisierten Wohnanteils als preisgünstiger Wohnraum zu erstellen sind. Der Antrag wurde damit begründet, dass es zum einen als sinnvoll erachtet wird, wenn der Anteil des umzusetzenden preisgünstigen Wohnanteils im Verhältnis zum effektiv realisierten Wohnraum bemessen wird. Zum anderen sollen gemäss aktuellem Projektstand bei einer Umsetzung des maximal möglichen Wohnanteils bis zu 25'000 m² Bruttogeschossfläche Wohnen geschaffen werden. Dies komme einer substanziellen Verdichtung gleich, welche sozialverträgliche flankierende Massnahmen erfordern. Mit der bestehenden Formulierung würde demnach lediglich ein Anteil von 16 bis 18 Prozent preisgünstigen Wohnraums erstellt werden müssen. Hinsichtlich der Umsetzbarkeit von 30 Prozent preisgünstigen Wohnens bezieht sich der Antragsteller auf Aussagen der Entwickler, weil sie sich anlässlich von Anhörungen in Kommissionssitzungen zweimal zu dieser Amtsabsicht bekannt haben.

Die Eigentümerschaft sah sich missverstanden bezüglich der Zusage von 30 Prozent preisgünstigem Wohnraum und bot stattdessen 25 Prozent an, was in Anbetracht der hohen Baukosten als maximal wirtschaftlich tragbar angesehen werde. Die Verwaltung argumentiert, dass die Formulierung im Bebauungsplan der Lonza AG eine wirtschaftliche Entwicklung des Areals ermöglichen sollte. Die Kommissionsmehrheit sprach sich schliesslich für den Kompromissvorschlag der Eigentümerschaft aus, wonach 25 Prozent des realisierten Wohnanteils als preisgünstiger Wohnraum zu erstellen sein. Dabei betonte ein Teil der Kommission, dass man zu einer Erhöhung bereit wäre, wenn sich sonst am Ratsschlag nichts mehr ändern sollte.

Ein weiterer Antrag forderte die Eingabe eines Mobilitätskonzepts, welches sicherstellt, dass die Anzahl der Autoparkplätze nicht über 425 steigt. Der Antrag wurde damit begründet, dass in den Strasse rund um das Areal Lindenhof die Lärmschutzgrenzwerte überschritten werden und zusätzlich ist der Verkehr vermieden werden soll. Vertreter der Eigentümerschaft argumentierten, dass gemäss Parkplatzverordnung grundsätzlich zwischen 250 und 300 Parkplätze zulässig sein und ein Mobilitätskonzept noch erarbeitet werden soll. Die Verwaltung verwies darauf, dass es für die Lonza bereits zu einer Reduktion der Parkplätze kommen werde. Die Kommissionsmehrheit lehnte den Antrag ab, da eine Begrenzung der Parkplätze zu mehr Parkplatzsuchverkehr führen könnte und eine Erhöhung der Mitarbeiterzahl bei der Lonza AG eine gewisse Anzahl Parkplätze rechtfertigte. Ein alternativer Antrag auf Festsetzung der maximalen Anzahl Parkplätze auf 40 Prozent der zulässigen Anzahl wurde ebenfalls abgelehnt. Die Kommission erachtet den Vorschlag der Eigentümerschaft zur Erstellung eines Quartierparkings hingegen als prüfenswert, deren Machbarkeit soll bei der weiteren Projektierung unbedingt mitbedacht werden.

Ein dritter Antrag forderte, dass die Überdeckung der unterirdischen Bauten mit einer ausreichend mächtigen Erdschicht versehen wird, um Pflanzeninseln und Baupflanzungen zu ermöglichen. Eine Bebauung des Randbereichs ausserhalb der Bauelder sollte nicht erlaubt sein. Die Verwaltung zeigte anhand anderer Beispiele auf, dass die Überdeckung der unterirdischen Bauten mit einer Erdschicht von mindestens 150 cm überdeckt werden müssten. Die Kommissionsmehrheit stimmte einer Anpassung des Bebauungsplans zu, um dieser Anforderung Rechnung zu tragen.

Im Bereich des Naturschutzes wurde beantragt, dass Massnahmen ergriffen werden, um gefährdete oder erhaltenswerte Bodenvegetation auch ausserhalb des Randbereichs zu erhalten. Die Mehrheit der Kommission unterstützte den Antrag, dass es keinen Grund dafür gäbe, weshalb die gefährdete oder erhaltenswerte Bodenvegetation des Areals nur im Randbereich geschützt werden soll.

Es wurde zudem beantragt, innerhalb der Parzelle und gegenüber Gebäuden einen Lichteinfallswinkel von 60 bzw. 45 Grad einzuhalten, wobei das Gebäude im Baufeld B gegenüber der Nachbarbebauung entlang der Nauenstrasse keinen Lichteinfallswinkel einhalten müsse. Die Mehrheit der Kommission lehnte den Antrag ab, da dies zu einer erheblichen Reduktion der Nutzfläche führen würde und das Projekt obsolet machen könnte.

Bezüglich dem vorgesehenen Label für eine ökologisch nachhaltige Arealentwicklung sollten die Zielwerte des SIA Effizienzpfad Energie für Erstellung, Betrieb und Mobilität eingehalten werden und nicht, wie vorgesehen, die Vorgaben des Labels SNBS. Begründet wurde dieser Antrag damit, dass es sich um eine bewerte Formulierung analog anderer Bebauungspläne, wie beispielsweise dem Areal Wolf handle. Es mache grundsätzlich Sinn, wenn die kantonalen Vorgaben hinsichtlich der baulichen Standards einen einheitlichen Standard aufweisen, was alle Kommissionsmitglieder teilten.

Die Eigentümerschaft wurde um ihre Einschätzung zur Auswirkung des Labelwechsels auf das Bauprojekt gebeten. Sie äusserte Verständnis für den Wunsch der Kommission nach Einheitlichkeit, im Rahmen der umfassenden Arbeiten zur Arealentwicklung haben sich die Projektverantwortlichen bei Swisslife und Lonza intensiv mit der Frage der sinnvollerweise



anzuwendenden Labels befasst und dabei auch zusätzliches Expertenwissen eingeholt. Dabei zeigte sich, dass entgegen einer ersten Kommissionseinschätzung wesentliche Unterschiede bei den verschiedenen Labels bestehen und sich diese je nach Projekt als fachlich hoch komplex und wirtschaftlich folgenreich herausstellen. Im Falle des Bebauungsplans Lindenhof würde der Wechsel auf den SIA Effizienzpfad erheblich höhere Anforderungen bezüglich graue Energie bedeuten. Die genauen wirtschaftlichen Folgen zu eruieren und zu beziffern, hänge von diversen Parametern ab. Gemäss aktuellem Wissensstand müsste aufgrund des Wechsels auf die Zielwerte des SIA Effizienzpfad mit erheblichen Mehrkosten gerechnet werden, was die Wirtschaftlichkeit des Projekts definitiv in Frage stellen würde.

Die Hälfte der Kommission erachtet die Argumentation seitens der Eigentümerschaft als schlüssig und spricht sich gegen die Änderung des Labels aus. Dennoch wird es als sinnvoll erachtet, wenn aus Gründen der besseren Vergleichbarkeit und Gerechtigkeit zwischen den Bauträgerschaften künftig ein einheitlicher Label-Standard für alle grossen Bauprojekte im Kanton gelten würde. Die andere Hälfte der Kommission unterstützt dieses Anliegen, kann der Argumentation der Eigentümerschaft hingegen nicht folgen. Der Antrag wurde mit Stichentscheid abgelehnt.

Ein letzter Antrag forderte den gänzlichen Verzicht auf den Bau des Turms C und stattdessen die Fläche zu begrünen. Die Kommissionsmehrheit unterstützte die Weiterentwicklung des Areals inklusive der beiden Türme und lehnt den Antrag ab, da der Verzicht auf Turm C das Projekt gefährden würde.

Die Kommission folgt den Ausführungen im Ratschlag zur Abweisung der Einsprachen mehrheitlich. Insbesondere durch die weiteren Anhörungen der Verwaltung und der Eigentümerschaft konnten die in den Einsprachen eingebrachten Einwendungen nochmals geprüft werden. In einigen Punkten hat die Kommission auch aus diesen Überlegungen Änderungen am Bebauungsplan vorgenommen. Letztlich empfiehlt die BRK, die Einsprachen mit 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen abzulehnen.

Die BRK beantragt dem Grossen Rat mit 9 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen, den nachfolgenden Grossratsbeschluss anzunehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an die zuständige Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich werde mich angesichts der fortgeschrittenen Zeit etwas kurz fassen. Ich möchte vor allem der Kommission und dem Präsidenten sehr herzlich danken. Man hat aus dem Votum, aus dem Bericht des Präsidenten herausgehört, dass die Verhandlungen über dieses Areal in der Kommission nicht ganz einfach waren. Auch hier treffen wieder sehr, sehr unterschiedliche Ansprüche aufeinander und es war ein intensives Aushandeln in der Kommission.

Ich glaube, dieses Areal bietet wirklich sehr grosses Potenzial und das von zentraler Lage, einerseits für die Erhaltung, aber auch die Weiterentwicklung der Arbeitsplätze dort aber auch eben für Wohnen. Deshalb hat auch die Regierung ein grosses Interesse daran, dass die Arealentwicklung an diesem Ort stattfinden kann und der Regierungsrat empfiehlt Ihnen, dem Bericht und den Vorschlägen der Bau- und Raumplanungskommission zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten und für das GAB zu Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Wir reden heute über eine massive Verdichtung auf dem Lindenhofareal, besser bekannt als Lonzaareal. Aus einem Hochhaus werden drei, und aus einer reinen Büronutzung wird ja eine gemischte Nutzung, die Neubauten dienen primär dem Wohnen und werden auch nicht von Lonza, sondern von Swisslife entwickelt. Es geht beim Bebauungsplan also nur zu einem kleinen Teil um Lonza, und es ist auch offen, wie viele Büros diese Firma in Zukunft tatsächlich auf diesem Areal brauchen wird.

Klar ist, dass die beiden neuen Hochhäuser nicht gebraucht werden oder nicht vollständig gebraucht werden für eine Entwicklung von Lonza. Wir reden hier also über eine ganz normale Arealentwicklung, wie wir sie im Kanton verschiedene haben und noch verschiedene haben werden. Wir sollten sie also nach den gleichen Kriterien beurteilen wie andere auch. Für uns stehen dafür im Vordergrund die sozialen und ökologischen Kriterien und die Quartierverträglichkeit. Bei den sozialen Kriterien steht der Anteil preisgünstiges Wohnen im Vordergrund. Hier haben sich in einem Ausmehrungsprozess 25 Prozent durchgesetzt, wir vom GAB können mit diesem Entscheid leben und tragen ihn auch mit, auch wenn wir uns mehr gewünscht haben und auch der Meinung sind, dass es eigentlich an diesem Ort mehr geben müsste.

Bei den ökologischen Kriterien ist das Projekt nicht wirklich eine Katastrophe, aber auch kein Leuchtturmprojekt für die Zukunft. Es ist einfach mal so ein «weiter wie bisher», ein Standard-Projekt. Bezüglich Stadtklima bringt die Bebauung im besten Fall keine Verschlechterung, das wurde uns auch so berichtet, jedoch sicher keine Verbesserung, wie es das Stadtklimakonzept eigentlich fordert. Es ist uns leider nicht gelungen, in der Beratung der BRK eine sinnvolle Reduktion der



Unterbauung und eine Verbesserung des Stadtklimas und der Schwammstadt zu erarbeiten. Deshalb machen wir hier keinen Antrag dazu wir möchten aber, dass dieses Thema bei einem nächsten Bebauungsplan vertiefter behandelt wird.

Wenn dieser Überbauungsplan durchgewinkt wird, gibt es eine Verdoppelung der Anzahl Autoparkplätze auf dem Areal von heute rund 140 auf knapp 300 und somit eine zusätzliche Belastung des ohnehin stark verkehrsbelasteten und lärmbelasteten Quartiers. Die Quartierverträglichkeit ist aus unserer Sicht deshalb nicht gegeben und es widerspricht nicht nur der Mobilitätsstrategie, sondern auch der Klimastrategie unseres Kantons, hier weiter den Autoverkehr zu fördern. Wie wollen wir den Volksauftrag Netto Null umsetzen, wenn wir ihn nicht in die aktuellen Planungen und Beschlüsse einbeziehen, wenn wir so tun, als könnten wir einfach so weitermachen wie gehabt, nur weil auf der Titelseite des Ratschlags Lonza steht? Beim Wolf haben wir beschlossen, die Parkplatzzahl auf 40 Prozent der gemäss Verordnung mögliche Anzahl zu reduzieren. Eigentlich wollten wir diese Regelung eins zu eins übernehmen und haben das auch so in der Kommission eingebracht. Schliesslich ist das Lindenhofareal nicht nur fast direkt neben dem Wolfareal, sondern bezüglich ÖV-Schliessung auch besser gelegen. Wir haben trotzdem den Antrag nochmals angepasst und sind nochmals etwas entgegengekommen in der Hoffnung, dass es vielleicht hier doch noch ein paar gibt, die den Antrag unterstützen und beantragen Ihnen die Reduktion auf 60 Prozent der maximal zulässigen Parkplatzzahl. Damit wären auf dem Areal gemäss aktueller Berechnung 174 Parkplätze für Autos zulässig. Das ist doppelt so viel als Lonza selber gemäss den Berechnungen braucht, oder anders gesagt 30 mehr als heute der Fall ist. Also für alle, die jetzt schon den Begriff Parkplatzabbau im Kopf haben, nein, das ist jetzt nicht. Einfach zur Klärung: Es wurde auch beim vom Kommissionspräsidenten angesprochen, das Quartierparking wäre von dieser Regelung explizit ausgenommen und würde ganz genau nach den normalen Regeln von Quartierparkings erstellt, wenn es dann kommen würde.

Und zum zweiten Antrag, zum Label: Beim gewählten Label in diesem Bebauungsplan, dem Standard Nachhaltiges Bauen Schweiz SNBS zeigt man zwar ein grundsätzliches Interesse, die Ökologie einzubeziehen. Es ist aber sehr offen und sehr unklar, was konkret dabei herauskommt. Dieses Label ist ein Gemischtwarenladen, bei dem diverse äusserst unterschiedliche Nachhaltigkeitsaspekte wie Raumluft, Partizipation, Bepflanzung oder eben Klimaemissionen einfließen. Die gesamte Wertung ist das arithmetische Mittel aus all diesen Einzelnoten. Man kann also bei der grauen Energie oder generell bei den Treibhausgasemissionen extrem schlecht sein, oder sagen wir nicht extrem schlecht. einfach nicht ambitioniert, und trotzdem ein Label bekommen. Und es ist nach dem Überbauungsplan noch nicht einmal ganz klar, ob wir bei diesem Label nach dem Hochhauslabel oder nach dem Areallabel gehen, denn es gibt zwei SNBS-Labels. Wenn wir das jetzt einfach so nehmen, dann kommt irgendetwas, aber wahrscheinlich nicht unbedingt das heraus, was wir möchten.

Es gibt im Gegensatz zum SIA Effizienzpfad eben keine klaren Zielwerte für die Treibhausgasemissionen. Wir vom GAB sind deshalb der Meinung, dass der SIA Effizienzpfad, der wirkungsvoller und auch der klarere Weg ist, um Netto Null beim Bauen in unserem Kanton umzusetzen oder wenigstens schrittweise in diese Richtung zu gehen. Ausserdem haben wir bereits beim Erlenmatt und beim Wolf diesen Pfad festgeschrieben. Ein einheitliches Vorgehen erleichtert nicht nur die Planung, sondern auch die Umsetzung. Wir beantragen Ihnen deshalb analog zu diesen beiden anderen Bebauungsplänen, hier den Effizienzpfad zu verankern und einen Schritt weiter in Richtung Netto Null zu gehen.

Weil ich jetzt als erste rede und deshalb nicht reagieren kann, falls es nachher kommt, möchte ich noch folgendes bemerken. Es wurde medial gesagt, wir würden einen Kompromiss torpedieren. Deshalb einfach kurz zur Erinnerung: Der Antrag zu den Parkplätzen wurde mit 5 zu 4 abgelehnt, jener zum Effizienzpfad mit 6 zu 6 mit Stichentscheid des Kommissionspräsidenten. Es ist also nicht ein Kompromiss, wenn man mit äusserst knappen Entscheidungen eine Entscheidung fällt. Ich bin sehr dafür, dass wir uns bei zukünftigen Bebauungsplänen wieder versuchen, mehr zu einigen und hier gute Lösungen zu finden. Leider ist es uns bei diesem Areal nicht gelungen.

Ich bitte Sie deshalb, die beiden Änderungsanträge im Sinne eines einheitlichen Vorgehens und der Umsetzung von Netto Null und der Klimastrategie anzunehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zum Sprecher für die SVP Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Mit Blick auf die Uhr halte ich mich kurz oder versuche es zumindest. Die SVP-Fraktion bittet Sie, der Version der BRK zu folgen. Ich glaube, unser Kommissionspräsident Michael Hug hat alles schon gesagt, weshalb wir dem zustimmen sollten. Die SVP-Fraktion begrüssen es ausserordentlich, dass ein wichtiger Player wie Lonza hier in Basel ausbauen will. Dementsprechend verstehen wir auch die negativen Reaktionen von rotgrün nicht ganz und werden entsprechend auch die Abänderungsanträge des GAB ablehnen, insbesondere würde die Verankerung des SIA-Pfad in diesen Bebauungsplan das Projekt gefährden. Dann würden wir auch nicht mehr von guten Lösungen reden, sondern wir würden davon reden, dass Projekte nicht zustandekommen und das wollen wir nicht. Wir wollen, dass dieses Projekt zustandekommt und dementsprechend lehnen wir auch diesen Änderungsantrag ab.

Das gleiche gilt im Bereich der Parkplätze. Es ist aus Sicht der SVP nicht nötig, noch tiefer zu gehen als die ohnehin relativ strenge Parkraumverordnung. Auch hier müssen wir nicht noch weniger Parkplätze verankern im Bebauungsplan als das



Gesetzes vorsieht und bezüglich Wohnraum ist es ja auch so, dass wir bei «Basel baut Zukunft» einen Kompromiss gefunden haben: Einen Drittel günstiger Wohnraum für Areale ab 15'000 m², alles unter 15'000 m² muss theoretisch auch gar keinen Anteil haben. Es kann, es muss nicht, und hier sind wir mit 25 Prozent trotzdem noch an der oberen Grenze, sehr nahe eigentlich am Drittel und ich glaube, eine höhere Quote hätte wiederum das Projekt gefährdet und dementsprechend sollte man auch da nicht höher gehen. Wir sind hier mit diesem Kompromiss nicht sehr glücklich. Wir schlucken ihn aber im Sinne der Allgemeinheit, damit das Projekt auch zustandekommt, und dementsprechend bitten wir Sie, diesem Ratschlag und der Version der BRK zuzustimmen und die Änderungsanträge des GAB abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die FDP ist Andreas Zappalà.

Andreas Zappalà (FDP): Ich darf im Namen der Fraktionen der FDP und der LDP sprechen. Nach der Diskussion «Basel baut Zukunft» respektive den vor einem Monat besiegelten Kompromiss, wie in Basel-Stadt inskünftig mit Bebauungsplänen umzugehen ist, beraten wir heute zum ersten Mal einen Bebauungsplan, bei welchem wir aufzeigen können, wie wichtig uns der damals geschlossene Kompromiss ist und wie stark wir uns daran halten möchten.

Pascal Messerli hat es schon gesagt, bei den Bebauungsplänen unterscheiden wir neu in zwei Kategorien jene, die einen Planungssperimeter von mehr als 15'000 m² haben und jene die darunterliegen. Es gibt beim ersten dann Vorgaben an den Inhalt dieser Bebauungspläne und eine Vorgabe ist dieses Drittel, das dauerhaft gemeinnützig vermietet werden muss.

Das Areal Lindenhof umfasst einen Planungssperimeter von rund 12'000 m² und liegt somit definitiv unter dieser Schwelle. Aus diesem Grund ist es legitim, sowohl von der Verwaltung wie auch jetzt von der Mehrheit der BRK zu fordern, dass man hier nicht das Drittel anwendet, sondern darunter geht. Die erste Vorlage, die von der Verwaltung ausgearbeitet wurde, sah noch eine Vorgabe von weniger als diesen 25 Prozent vor. Wir haben dann in der Kommission diskutiert und auch die Bauherrschaft hat signalisiert, dass sie mit 25 Prozent leben kann. Man kann hier also bereits sagen, dass auch die Bauherrin einen Kompromiss eingegangen ist und wir sind von der Meinung, dass es richtig ist, hier diese 25 Prozent vorzusehen.

Hier widerspreche ich ein bisschen Tonja Zürcher, die gesagt hat, mit diesem Bebauungsplan sei eine übermässige Verdichtung geplant. Es ist aber genau das, was wir eigentlich immer anstreben und wollen, nämlich, dass wir sagen, es soll dort verdichtet werden, wo bereits ein Standort bebaut ist. Und das macht man hier. Hier verdichtet man, indem man zwei zusätzliche Wohn- und Geschäftstürme hinstellen muss. Die Lonza ist Eigentümerin des Grundstückes und zugleich ein Wirtschaftsfaktor und eine wichtige Arbeitgeberin in unserem Kanton, und sie hat signalisiert, dass sie Bedarf an zusätzlichen Büroräumen hat, welche sie eben an jenem Standort realisieren möchte.

Mit dem heute bestehenden Bebauungsplan – es gibt ja schon einen Bebauungsplan, der auf diesem Grundstück liegt – wäre eigentlich eine Realisierung zum Teil möglich, nur, diese Realisierung wäre dann nicht mehr zeitgemäss und liegt auch nicht im Interesse des Kantons und der Grundeigentümerin. Aus diesem Grund macht es durchaus Sinn, dass man den bestehenden Bebauungsplan überarbeitet und einen neuen Bebauungsplan erlässt, mit neueren, aktuelleren und sinnvolleren Regelungen.

Zur Realisierung dieser Bebauung hat die Lonza einen Partner gesucht und mit Swiss Life eine Partnerin gefunden, die Erfahrung in der Realisierung solcher Projekte hat. Lonza hat klar dargetan, dass sie alleine eine solche Überbauung nicht realisieren könnte und es auch nicht in ihrem Interesse liegt, hier Wohnungsbau zu erstellen respektive Wohnungen zu vermieten. Es ist klar, dass bei der Bebauung solcher Areale auch wirtschaftliche Interessen mitspielen. Die Swiss Life steigt sicher nicht aus reinem Idealismus dort ein, sie ist aber bereit, sich kantonal politischen Gegebenheiten zu unterwerfen. Das zeigt sich schon, wie erwähnt, an der Tatsache, dass sie diese 25 Prozent gemeinnützigen Wohnanteil akzeptiert.

Aus unserer Sicht ist deshalb klar die Frage zu stellen: Möchten wir an diesem Standort Wohnraum mit einem Anteil von 25 Prozent Gemeinnützigkeit oder wollen wir gar keinen Wohnraum? Denn, so meine ich, die Botschaft ist klar, Swiss Life wird sich nur engagieren, wenn es auch für sie stimmt und ihr nicht zu viele Fesseln gelegt werden. Lonza allein wird keine zusätzliche Bebauung realisieren. Somit bin ich oder sind wir klar der Meinung, dass der Bebauungsplan auch in Bezug auf diese 25 Prozent so genehmigt werden muss. In die gleiche Richtung gehen auch die Überlegungen in Bezug auf die Parkplätze und das Label oder den Effizienzpfad.

Ich glaube, dass man durchaus sagen kann, dass Basel-Stadt ein eher strenges Regime fährt, wenn es um die Schaffung von Parkplätzen geht. Dies zeigt sich auch in der Parkplatzverordnung, die nur eine beschränkte Anzahl an Parkplätzen zulässt. Es ist deshalb unverständlich, dass wir bei jedem Bebauungsplan immer wieder neu die Parkplatzdiskussion führen müssen. Weder Investor noch Bauherr noch Grundeigentümergehen oder auch wie als Parlament verhalten uns gesetzeswidrig, wenn wir die Erstellung von Parkplätzen gemäss Parkplatzverordnung zulassen. Aus diesem Grund bitte ich Sie, den Antrag des GAB zurückzuweisen.



Gleiches gilt auch in Bezug auf den Effizienzpfad. Ich gestehe, ich bin Nichtfachmann und könnte Ihnen auch nicht konkret sagen, wo die Unterschiede liegen. Was ich aber verstanden habe, ist, dass sowohl jetzt SNBS wie auch der SIA-Pfad anerkannte Effizienzpfade sind. SNBS setzt offenbar die Standards für nachhaltiges Bauen und vereinbart dort Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt. Der SIA setzt die Energie in den Mittelpunkt, es werden Betriebsenergie, graue Energie und standortabhängige Mobilität einbezogen. Es sind also beides Pfade, die durchaus legitim sind.

Bei den Vorprojekten und den Vorbesprechungen hat man der Bauherrschaft vorgetragen, dass sie nach dem Label SNBS bauen müssen. Daran hat sich die Bauherrin gehalten. Eine Änderung nun mitten in der Planung vorzunehmen geht unseres Erachtens nicht, vor allem dann nicht, wenn sich die Voraussetzungen wesentlich ändern und das Projekt auf der Kippe steht. Ich erwähne nur einen Punkt. Gemäss Bauherrin wäre die Wärmeversorgung über Fernwärme nicht mehr möglich, wenn man jetzt wechseln würde auf das Label SIA. Und das ist auch der Grund, weshalb auch wir Sie in Bezug auf diesen Antrag bitten, den Antrag des GAB nicht zu unterstützen und die BRK-Vorlage zu übernehmen.

FDP und LDP bitten Sie, den Bebauungsplan wie er von der BRK vorgestellt wurde, zu unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: An dieser Stelle unterbrechen wir die Sitzung und machen morgen mit Ivo Balmer und Bülent Pekerman in diesem Traktandum weiter.

Schluss der 22. Sitzung

18:00 Uhr